

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Klirringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadams

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 4. Cember 1930

Die Nazis im Hemd.

Was sie versprechen und wie sie es

Int. Institut
Soc. Geschichte
h. A. B. D. A. M.

SPD. Im "Dritten Reich" wird alles besser werden. So rufen es die Hitlerianer durch das Land. Nichts gibt es, was sie "einst" nicht ändern und dann selbstverständlich besser machen wollen. Aber sehen wir uns die Maulhelden des "Dritten Reiches" einmal in der Praxis an.

In dem bayerischen Coburg besitzen die Nationalsozialisten seit Monaten mit 13 von 25 Stimmen die absolute Mehrheit. Sie waren kaum 3 Monate am Ruder, als die Aufsichtsbehörde eingreifen musste. In 3 Monaten hatten die Herren des "Dritten Reichs" dank ihrer unumschränkten Herrschaft auf dem Rathaus die Coburger Finanzen völlig auf den Hund gewirtschaftet. Als erste bayerische Stadt musste Coburg sich einen Eingriff in seine Selbstverwaltungsrechte gefallen lassen. Alle "freiwilligen Ausgaben", mit denen die Hakenkreuzler ihren Einzug in das Rathaus gehalten hatten, wurden von der Aufsichtsinstanz gestrichen. Die Gemeindeabgaben wurden erhöht, weil ohnedem der Konkurs der Stadt nicht aufzuhalten gewesen wäre. Den "Drang nach der Futterkrippe" in der Coburger Stadtverwaltung, der nach 3 Monaten Nazihererschaft ein geradezu erschreckendes Ausmass angenommen hatte, musste die Coburger Bevölkerung mit neuen Lasten bezahlen. Die Spiesser erwachten und die Deutschnationalen am Ort mussten feststellen, dass die nationalsozialistische Mehrheit der Coburger Stadtverwaltung eine Katastrophenpolitik treibe, die sich in einem "unheimlichen Drang nach der Futterkrippe" äussere und darauf hinauslaufe, endlose Ausgaben zu bewilligen, ohne gleichzeitig auch für deren Deckung zu sorgen.

Das ist die eine Seite der Nazi-Herrschaft in Coburg. Die andere findet ihren Ausdruck in einer Korruptionswirtschaft, die erkennen lässt, wie die Theorie der Hitlerianer in der Praxis aussieht. Einen besonders krassen Einblick in diese Wirtschaft erhielt die Öffentlichkeit durch eine Reihe von Prozessen, die vier Nazi-Räte gegen den Redakteur eines deutschnationalen Coburger Blättchens anstrengen mussten. Dieser Deutschnationale hatte den Aposteln des III. Reiches in seiner Zeitung vorgehalten, dass sie in ihrer Eigenschaft als Stadträte sich erhebliche wirtschaftliche Vorteile für ihre Person verschafft hätten. Am besten zum Zuge gekommen war der Nazi-Hauptling Schwede, der sich sofort zum unwiderruflichen Beamten machen liess. In diesen Tagen ist es ihm sogar geglückt, mit Stahlhelmhilfe dritter Bürgermeister von Coburg zu werden. Er beehrte dieses Amt seit Monaten, da mit ihm der Posten eines Aufsichtsrats in dem Grosskraftwerk Franken verbunden ist.

Alles was der deutschnationale Redakteur den nationalsozialistischen Stadträten an Korruption vorgeworfen hatte, erwies sich vor Gericht als wahr. Es bestätigte sich, dass sie schon in den ersten 3 Monaten sehr wohl verstanden hatten, für ihre Würde und in ihre Taschen zu arbeiten. Wiederum "erwachten" die Spiesser. Wiederum wurde ihnen der Gegensatz zwischen nationalsozialistischer Theorie und Praxis klar, denn die Nazi-Stadträte hatten sich vor ihrer Wahl öffentlich und feierlich verpflichtet, keine irgendwie geeigneten

Vorteile von der Stadt anzunehmen. Vor Gericht wurden sie als "korrupt" und verlogen entlarvt. Allerdings sorgten diese Stadtväter nicht nur für sich allein. Sie liessen auch das untere Nazi-Volk zum Zuge kommen. Einmal warfen sie z.B. ohne ersichtlichen Grund fünf Arbeiter des städtischen Bauamts, darunter vier Familienväter, kurzerhand auf die Strasse. Zynisch erklärte man diesen wie reudige Hunde davongejagten Proleten: "An sich haben wir nichts gegen euch; aber unsere Leute verlangen, dass wir euch entlassen, weil ihr nicht unserer Partei angehört und wir müssen unseren Leuten beweisen, dass wir die Stärkeren im Rathaus sind." Einige Zeit später wurden die "freigewordenen" Stellen mit vier Nationalsozialisten und zwei Stahlhelmern besetzt, die dort auch verblieben, als das Arbeitsgericht die Entlassung als zu Unrecht vorgenommen erklärte und die Wiedereinstellung anordnete. Der gerichtlichen Anordnung musste man wohl oder übel entsprechen. Die entlassenen Arbeiter wurden wieder eingestellt, aber auch die Nazis blieben, obwohl sie überflüssig waren. Warum auch nicht? Ob die Stadt zu ihrem gegenwärtigen Defizit von 300 000 Mark noch einige tausend Mark Schulden mehr oder weniger hat, spielt bei den Nazis keine Rolle. Sie brauchen sie ja nicht zu bezahlen.

In dem Coburg benachbarten Städtchen Neustadt, wo viele Heimarbeiter ein armseliges Leben fristen, sind die Nationalsozialisten und Stahlhelmer allmählich im Rathaus ebenfalls so stark geworden, dass der dort seit 10 Jahren tätige erste Bürgermeister, ein Sozialdemokrat, die Lust zur Weiterarbeit verlor. An seine Stelle trat ein früherer völkischer Abgeordneter des bayerischen Landtags. Als er wenige Monate nach seinem Amtsantritt den Stadtverordneten einen neuen Etat vorlegte, hatte er einen Augenblick einen lichten Moment, in dem er ausführte: "Es ist mir ein inneres Bedürfnis zu erklären, dass ich bei den Vorarbeiten für den Voranschlag des Haushalts erneut feststellen konnte, in welcher klugen und sorgfältiger Weise mein Amtsvorgänger alle den Haushalt unserer Stadt betreffenden Fragen bearbeitet hat und wie er dabei trotz aller sachlichen Widrigkeiten, die das wirtschaftliche Leben unserer Stadt so schwer belasten, eine Reihe wesentlicher und schöner Erfolge für uns erzielen konnte." Wohlgerne, wer die Geschicke der Stadt mit Klugheit leitete und diese Erfolge für Neustadt erzielte, war ein Sozialdemokrat. Er verliess sein Amt, von den Nationalsozialisten beföhdet und ihrer Hetze angewidert, sauber und rein.

Anders die Nazis. Ihr Stadtrat Steiner erwies sich bereits als korrupt, als er kaum wenige Wochen im Amte war. Geschäftig wie ein echter Hitlerianer nun einmal ist, sicherte er sich ohne Wissen der übrigen Stadtratsmitglieder die Eierlieferungen für das Krankenhaus und die Volksküche. Nicht etwa einen oder gar 2 Pfennige billiger. Nein, 2 Pfennige teurer als im Handel. Steiner hätte diesen Schwindel wahrscheinlich bis zu seinem Tode fortgeführt und wäre steinreich dabei geworden, wenn ihm nicht eines Tages eine Krankenschwester einen Strich durch seinen öffentlichen Betrug gemacht hätte. Ganz Neustadt war entsetzt! Entsetzt über den Betrug und darüber, dass Steiner trotz seiner vor der Wahl ergangenen öffentlichen Erklärung, dass er als Stadtrat niemals öffentliche Aufträge annehmen werde, sich nicht nur bald nach der Wahl einen derartigen Auftrag erschlichen, sondern die Stadt dazu auch noch übervorteilt hat.

Coburg und Neustadt bilden nur einen kleinen, aber charakteristischen Ausschnitt aus der Korruptionswirtschaft der Nazis. Im Licht und im Hemd betrachtet, bieten sie ein geradezu erschreckendes Bild, ein Bild, auf dem man nicht sieht, wo ihre Korruption anfängt und wo sie aufhört. In der Theorie wollen sie alles besser machen, in der Praxis sind sie vom Scheitel bis zur Sohle korrupt und bestochen, wie keine Partei der ganzen Welt.

SPD. Ein Hakenkreuzler ist ein Faschist und ein Kapitalknecht. Über die Rolle, die die Hakenkreuzler im Auftrag der Reaktion gegen die Arbeiterbewegung spielen, ist in der Arbeiterschaft kein Zweifel.

Was ist ein Kommunist?

Hören wir, was die gehässigsten Feinde der Arbeiterbewegung, was die Hakenkreuzler darüber sagen! In einem nationalsozialistischen Rundbrief, der für die Teilnehmer an nationalsozialistischen Schulungskursen bestimmt ist, heisst es darüber :

"Nichts ist falscher und irrsinniger, als zu glauben, dass die Antiradikalisierung des deutschen Proletariats vom Kommunismus zur pazifistischen Sozialdemokratie ein Zeichen der politischen Gesundung in der deutschen Arbeiterschaft sei.

Einen Kommunisten zum leidenschaftlichen Nationalsozialisten zu machen, das ist bei Gott nicht schwer, denn beide sind aus gleichem Holz geschnitzt.

Der Hakenkreuzler und der Kommunist sind nach diesem nationalsozialistischen Zeugnis aus gleichem Holz geschnitzt.

Arbeiter, behandelt diese Brüder vom gleichen Stamme gleichmässig! Zeigt ihnen am 14. September, dass ihr sie gleichermassen ablehnt!

SPD. Essen, 4. September (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag wurde durch Schiedsspruch die für den Ruhrbergbau bestehende Lohnordnung bis zum 31. Dezember 1930 verlängert. Die Kündigung ist erstmalig am 30. November zum 31. Dezember möglich. Wird die Lohnordnung nicht gekündigt, so bleibt sie je ein weiteres Vierteljahr in Kraft mit einer Kündigungsfrist von einem Monat. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 8. September 10 Uhr vormittags.

Im Verlauf der Schiedsverhandlung trugen beide Parteien Zahlenmaterial zur Selbstkostenfrage im Ruhrbergbau vor. Während die Gewerkschaften einen erheblichen Gewinn nachzuweisen in der Lage waren, gipfelte die Entgegnung des Zechenverbandes in der Errechnung eines Verlustes, insbesondere durch Minderbeschäftigung und Lagerungsverluste. Die zwischen beiden Rechnungen liegende Differenz von 6.30 Mark war in den Verhandlungen nicht zu überbrücken.

Der Zechenverband hat den Schiedsspruch bereits abgelehnt. In seiner Verlautbarung erklärt er, dass die dringend notwendige Besserung der Selbstkostensituation der Zechen, von der ein Preisabbau abhängig sei, durch den Spruch in verhängnisvoller Weise hinausgezögert werde. Die Hinausschiebung des Lohnabbaues könne auf dem Gebiet der Feierschichten und Entlassungen von weitreichender Folge sein, weil die durch den Preisabbau erwartete Steigerung des Absatzes unmöglich gemacht würden.

SPD. München, 4. September (Eig. Drahtb.)

Die Münchener Polizeidirektion hat zur Unterbindung parteipolitischer Zusammenstösse mit sofortiger Wirkung bis einschliesslich 15. September alle Versammlungen unter freiem Himmel, Aufmärsche, Umzüge und Propagandafahrten von politischen Parteien und deren Schutzeinrichtungen verboten. Ausserdem besteht in Bayern schon seit Wochen ein Verbot des Tragens sogenannter Parteiformen. Lediglich dem Saalschutz ist in politischen Versammlungen das Tragen einer Armbinde gestattet.

SPD. "Einigkeit macht stark!" Ein Wahlspruch, den sich ausser Hugenberg auch Hitler zu eigen gemacht hat. Wo es im bürgerlichen Lager am meisten kriselt und drüber und drunter geht, schreit man am meisten nach Einigkeit. Wie es mit dieser Einigkeit im Lager der Nationalsozialisten bestellt ist, zeigt der oppositionelle "Nationalsozialist", der in seiner Donnerstagsausgabe über die Hitlerpartei schreibt :

"Wie immer bei solchen Vorgängen (Auseinandersetzungen in Berlin) kommen zahlreiche Ursachen und Gründe zusammen in Frage, die zum Teil ohne innere Verbindung untereinander stehen. So waren es im Berliner Fall zunächst

1. die persönliche Spannung zwischen Goebbels und Stennes, die schon einmal zu grotesken Kämpfen geführt hatte, über die demnächst näheres zu sagen sein wird;

2. die zahlreichen Beschwerden der einfachen SA.-Leute gegen die "Bonzen" der Berliner Gauleitung, die in dem für Goebbels ebenso unentbehrlichen wie gefährlichen (weil viel Wissenden!) Gaugeschäftsführer Wilke eine besonders unvorteilhafte Verkörperung fanden;

3. die allgemeine Spannung zwischen den "Zivil"angestellten und den SA.-Dienststellen, deren Beilegung oder besser Vertuschung seit Jahren Hauptgegenstand aller Führertagungen in der NSDAP war und ist.

Zu diesen persönlichen und organisatorischen Gründen trat sodann die - auch heute noch unbewusste - Spannung zwischen dem revolutionären Fühlen der einfachen SA.-Leute und dem reaktionären Wollen, das seit Monaten in steigendem Masse den Kurs der Hitlerpartei bestimmt.

Alle diese nach Ursache und Stärke sehr verschiedenen Kräfte waren nun seit langem der Untergrund für das grosse Spiel des Herrn Dr. Goebbels, die Macht innerhalb der Partei in die Hand zu bekommen. -

Vor Jahren schon war eine Dreiteilung der NSDAP deutlich erkennbar:

linker Flügel, die Sozialisten: Brüderpaar Strasser, Graf Reventlow, Abg. Stöhr, Abg. Kaufmann, Dr. Rosikat, Dr. Krebs; Macht: der Kampf-Verlag mit seinen Zeitungen;

rechter Flügel, die Reaktionäre: Alfred Roseberg, Epp, Esser, Corswant, Feder, Mutschmann; Macht: der "Völkische Beobachter" und die meisten Provinzblätter;

dazwischen die Zentristen, vornehmlich Antisemiten: Dr. Goebbels, Dr. Ley, Lohse, Brückner, Streicher; Macht: ihre Geschmeidigkeit und Grundsatzlosigkeit;

darüber Hitler mit der SA., die bewusst völlig unpolitisch gehalten wurde und von Hauptmann von Pfeffer und seinen wirtschaftlich von ihm abhängigen Landsknechtsoffizieren als über der politischen Partei stehend aufgezogen wurde.

Die ganze innere Entwicklung der NSDAP. nun ist nicht zu verstehen ohne Kenntnis des gradezu sinnlosen Ehrgeizes des Herrn Dr. Goebbels.

Es ist kein Zweifel, dass Goebbels zielbewusst auf die Beherrschung der NSDAP. ausging und ausgeht und hierbei ebenso geschickt wie skrupellos agiert."

"Durch gleichzeitige Zuspitzung der Lage in persönlicher und sachlicher Weise (genau wie s.Z. gegenüber der "Strasser-Opposition!!"), gelang es Goebbels, den Ausbruch des Konflikts zu einem ihm passenden Zeitpunkt und unter Mattsetzung Hitlers zu provozieren. Durch brüske Ablehnung der SA.-Forderungen, durch bewusste Zurücksetzung bei der Mandatszuteilung in seinem Gau und durch Verschärfung seiner persönlichen Spannung mit Stennes veranlasste er die SA. zu einem "Disziplinbruch", der sie in den Augen Hitlers ins Unrecht setzen musste.

Der feine Plan gelang: Als Folge des "Disziplinbruches", über den Hitler über alle Massen erbost war (und das nicht nur wegen der Wahl!), wurde Hauptmann v. Pfeffer seines Postens enthoben.

Die Bahn für Hauptmann Göring, den Intimus des Herrn Dr. Goebbels, ist frei!

Reichspropagandaleiter - Führer der Reichstagsfraktion - Herr über die SA.

Der Angriff gegen Hitler selbst ist für Herrn Dr. Goebbels nur eine Frage der Zeit."

Ein Berliner Blatt zieht aus den vorstehenden Betrachtungen des "Nationalsozialist" folgende Schlussfolgerung: "Was ist die nationalsozialistische Freiheitsbewegung? Ein Kampf um Mandate, ein Streit um Posten, ein eifersüchtiges"

Rennen um die Führung. Für jeden sieht das "Dritte Reich" anders aus: für Stennes besteht es in einem Reichstagssitz, für Göring in dem Kommando über die SA.-Leute und für Goebbels in der Verdrängung Hitlers, der "Parteigenosse" will "Bonze", will Oberbonze werden. Das ist der Geist der Nationalsozialistischen Partei!

SPD. Köln, 4. September (Eig. Drahtb.)

Der frühere Kommunist und Führer der Kölner Schutzstaffel der Nationalsozialisten Konrad hat am Donnerstag Morgen den Kommunist Klassen erschossen. Konrad wurde vor Monaten wegen Unterschlagung aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Kurze Zeit darauf wurde er zum Führer der Nationalsozialisten auserkoren, obwohl er allgemein als Trinker und Raufbold bekannt ist. Erst kürzlich wurde er auf Bitten seiner Frau aus der Trinkerheilanstalt entlassen.

Konrad und Klassen waren vor wenigen Tagen in Streit geraten. Konrad brüllte seinem Gegner bei dieser Gelegenheit zu, dass er "demnächst verrecken werde, wie sein Bruder - der vor 3 Jahren erschlagen wurde - verreckt sei." In der Nacht zum Donnerstag machte Konrad seine Ankündigung wahr. Gegen 3 Uhr morgens wurden die Bewohner des Hauses Melchiorstr. 11, in dem Konrad und Klassen wohnten, durch einen Schuss aus dem Schlag geweckt. Eine in der oberen Etage des Hauses wohnende Frau hörte kurze Zeit vorher einen Wortwechsel, in dessen Verlauf die Worte fielen: "Was, Du willst noch frech sein?" Wenige Minuten später ist dann der tödliche Schuss gefallen. Klassen schleppte sich noch bis vor die Haustür, wo ihn später vorübergehende Arbeiter tot aufanden. Als Konrad den Mord vollbracht hatte, verschwand er zunächst. Erst mittags gegen 11 Uhr kehrte er in seine Wohnung zurück.

Die Polizei hatte inzwischen umfangreiche Nachforschungen nach dem Täter angestellt. Als ihr bekannt wurde, dass Konrad in seine Wohnung zurückgekehrt war, schritt sie sofort zur Verhaftung. Der Mörder legte nach kurzer Vernehmung ein Geständnis ab. Er will jedoch in "Notwehr" gehandelt haben, wie alle Nationalsozialisten, die einen Menschen umbringen. Konrad ist Vater von fünf Kindern.

SPD. Warschau, 4. September (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag stürzte über Warschau aus 200 Meter Höhe ein Militärflugzeug ab. Die Katastrophe forderte 2 Tote und 6 Schwerverwundete.

Der Absturz erfolgte infolge Versagens der Steuerung. Die Maschine stiess gegen eine Hauswand, in die ein grosses Loch gerissen wurde und blieb schliesslich brennend auf einem benachbarten Holzhaus hängen. Die vollständig verkohlten Leichen der beiden Flieger fielen heraus. Das brennende Benzin ergoss sich unterdessen über das Holzgebäude, das sofort zu brennen begann. Sechs Hausbewohner erlitten schwere Brandwunden. Die Entfernung der Trümmer des Apparates wurde dadurch erschwert, dass er sich in elektrischen Leitungen verfangen hatte, sodass erst nach Ausschaltung des Stromes mit den Aufräumarbeiten begonnen werden konnte.

Die Warschauer Öffentlichkeit zeigt sich über den Unglücksfall sehr erregt. In letzter Zeit haben sich die Fliegerkatastrophen in Polen ausserordentlich gehäuft. Die Folge war bisher, dass der Leiter des polnischen Militärflugwesens vor wenigen Tagen seinen Abschied nahm.

SPD. Hagen i.W., 4. September (Eig. Dr.)

In einem von nationalsozialistischen Verleumdern in Hagen und Umgebung verbreiteten Flugblatt wird der sozialdemokratische Polizeipräsident Schöbel Hagen gefragt, ob es stimmt, dass in der Kasse der Hagener Polizei 150 000 Mk.

fehlen. Ausserdem werden zahlreiche andere verleumderische Fragen gestellt, ohne dass gegen die Verleumder strafrechtlich vorgegangen werden könnte, weil sie keine Tatsachen behauptet und sich in der bewussten Absicht auf Fragen beschränkt haben, dass auch bei dieser Methode etwas an dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten bzw. der Sozialdemokratie hängen bleiben wird.

Polizeipräsident Schöbel hat auf das nationalsozialistische Machwerk mit einer Erklärung geantwortet, der wir folgendes entnehmen: "1. In der Kasse der Hagener Polizei ist ein Fehlbetrag nicht vorhanden. 2. Den Lieferanten der Schutzpolizei wurden alle vorgelegten Rechnungen nach Prüfung bezahlt. Bei dieser Prüfung, an der häufig auch noch andere Behörden beteiligt sind, kann es vorkommen, dass der Lieferant eine gewisse Zeit auf die Bezahlung seiner Rechnungen warten muss. 3. Von der Polizei sind die Lieferanten nicht angepöppelt worden, vor allem nicht, um eine Ebbe in der Kasse zu verschleiern. Richtig ist lediglich, dass ein Beamter des Polizeipräsidiiums bei einem Lieferanten Geld aufgenommen hat und dafür einen Darlehensvertrag mit dem Lieferanten abgeschlossen hat. Selbstverständlich werden die Zinsen von dem Darlehensnehmer, dem Beamten, bezahlt. 4. Dem Polizeipräsidenten sind weder ein Herrenzimmer noch sonst Wohnungseinrichtungsgegenstände geschenkt worden."

Wir haben die Fragen der Verleumder im einzelnen nicht verzeichnet, weil sich auch aus der Antwort des Polizeipräsidenten Schöbel die ganze Niederträchtigkeit der nationalsozialistischen Propaganda ergibt.

SPD. Köln, 4. September (Eig. Drahtb.)

Ein der Sozialdemokratischen Partei angehörender Kölner Schlosser wurde am Donnerstag auf dem Friesenplatz von Nationalsozialisten überfallen und so schwer misshandelt, dass er sich in ärztliche Behandlung begeben musste. Die Täter sind unerkannt entkommen.

SPD. Paris, 4. September (Eig. Drahtb.)

Briand hat am Donnerstag den deutschen Botschafter in Paris Hoesch und anschliessend den französischen Botschafter in Berlin empfangen, der eigens zum Zwecke der Berichterstattung nach Paris gekommen ist.

Gegenstand beider Unterhaltungen war die innerpolitische Lage in Deutschland, die, wie man erfährt, auch in der am Mittwoch erfolgten Unterredung zwischen Henderson und Briand gestreift worden ist. Botschafter Hoesch dürfte Briand gegenüber betont haben, dass die rhetorische Entgleisung einzelner deutscher Minister und ihre zum Teil missverständlichen Interpretierungen in der französischen Presse in keiner Weise die Aussenpolitik der zuständigen deutschen Stellen beeinflusst haben. Deutschlands Aussenpolitik sei nach wie vor vom Willen zur Annäherung und der friedlichen Regelung aller schwebenden Fragen besetzt.

Die Erklärung des Reichskabinetts über Deutschlands Aussenpolitik hat hier ausserordentlich entspannend gewirkt.

SPD. Genf, 4. September (Eig. Drahtb.)

Der Wille des europäischen Minderheiten-Kongresses, die kommende Europa-Diskussion über die bestehenden Staategebilde hinaus zu lenken, fand am Donnerstag seinen starken Ausdruck in der packenden Rede des Abgeordneten Ulitz, des Vertreters der deutschen Minderheiten in Oberschlesien.

Ulitz begrüsst es, dass Briand das Problem einer Einigung Europas in den Mittelpunkt ernsthafter politischer Diskussionen gestellt hat. Nicht gegen

Briands Plan spreche er, sondern über die nach Ansicht der Minderheiten vorhandene grosse Lücke in diesem Plan. Er glaube, dass auf der Grundlage der Souveränität und Gleichberechtigung der Staaten das Ziel einer Sicherung des europäischen Friedens zu erreichen wäre. Briand kenne nur Staaten, er kenne nicht die Völker als Völker, sondern nur als Bewohner von Territorialeinheiten. Die Stunde für eine europäische Einigung sei nicht so günstig, wie Briands Optimismus sie sehe, denn die Staaten seien von jeder Solidarität noch weit entfernt. Die Krise des Parlamentarismus falle nicht den Parlamenten zur Last, sie komme daher, dass sich die Staaten zu viele Aufgaben zugelegt hätten. In kultureller Beziehung solle der Staat den Völkern mehr Freiheit gewähren. Die Achtung des Willens der einzelnen Völker gebiete den Staatsmännern, diese Völker auch über die staatlichen Grenzen hinaus in Volksgemeinschaften leben zu lassen. Könne sich ein Volksteil kulturell in einem Lande frei entfalten, dann sei staatsbürgerliche Disziplin eine Selbstverständlichkeit. Werde er aber immer in einen Abwehrkampf gedrängt, dann müsse die staatsbürgerliche Gesinnung leiden. Die Forderung der Stunde sei die Herstellung der Solidarität der Völker, ihre Voraussetzung sei die nationale, kulturelle Freiheit. Man müsse die Staatsmänner daran erinnern, dass die Staaten im Gegensatz zu den Volksgemeinschaften von Menschen geschaffene Begriffe seien, die nicht ewig dauerten. Die Völker Europas aber müsse man in voller Verantwortlichkeit auf-fordern, ihre Interessen nicht nur von ihren Regierungen besorgen zu lassen. Der jetzt eingeschlagene Weg führe noch nicht zum Ziele, das sein muss die Sicherung des europäischen Friedens auf der Grundlage des Friedens unter den europäischen Völkern.

Die Leitgedanken von Ulitz wurden in der Diskussion immer wieder unterstrichen. Die am Freitag zu erwartende Entschliessung dürfte ebenfalls im Sinne der Thesen von Ulitz gehalten sein.

SPD. Paris, 4. September (Eig. Drahtb.)

Der französischen Fliegerin Bastier ist es nach 5 gescheiterten Versuchen gelungen, den Weltrekord im Dauerfliegen, den bisher die Fliegerin Lea Bernstein mit 35 Stunden und 47 Minuten innehatte, an sich zu bringen. Die Fliegerin hielt sich 37 Stunden, 29 Minuten in der Luft. Zugleich hat sie zwei weitere Weltrekorde aufgestellt: den für einen Dauerflug von Einzelpersonenflugzeugen für beide Geschlechter, sowie den für Kleinmaschinen unter 350 Kilogramm.

SPD. Frankfurt/M., 4. Sept. (Eig. Drahtb.)

Die "Frankfurter Zeitung" meldet aus Holland, dass eine Sitzung aller an dem holländischen Agrarexport und an dem deutsch-finnischen Handelsvertrag interessierten Wirtschaftsgruppen beschlossen hat, einen Ausschuss zur Wahrung der holländischen Landwirtschaftsinteressen zu gründen. Dieser Ausschuss soll sofort zusammentreten und das neue deutsch-finnische Handelsabkommen sowie die damit zusammenhängenden Fragen zwecks Vorbereitung einer Stellungnahme durcharbeiten. Falls die holländische Regierung nicht von sich aus etwas gegen das deutsch-finnische Abkommen unternehmen sollte, will der Ausschuss selbst in Aktion treten.

Weiter meldet die "Frankfurter Zeitung", dass die holländischen Interessenten inzwischen auch Fühlung mit den dänischen Landwirtschaftsorganisationen genommen haben, um die durch die deutsch-finnischen Abmachungen für den Butterexport Hollands und Dänemarks geschaffene Lage zu besprechen.

SPD. Essen, 4. September (Eig. Drahtb.)

Der Arbeitgeberverband Nordwest hat den Deutschen Metallarbeiterverband beim Arbeitsgericht Berlin auf Schadenersatz in Höhe von rund 7 000 Mark verklagt. Die Klage steht im Zusammenhang mit dem Kampf um den Akkordabbau. Nach der Darstellung des Arbeitgeberverbandes soll im Juni ein Funktionär des Metallarbeiterverbandes in Essen-Katernberg in einem Schreiben an eine Firma erklärt haben, er fordere die Arbeiter zum Streik auf, falls die Firma die Akkorde abbaue. Darin sehen die Arbeitgeber ein tarifbrüchiges Verhalten.

SPD. New York, 4. September (Eig. Dr.)

Kapitän Anton Heinen, der bekannte Luftschiff-Expert und ehemalige Pilot des Z.R.1 hat bei Cape May (New Jersey) ein Unternehmen zur Herstellung lenkbarer Kleinluftschiffe für den Privatgebrauch eröffnet. Die Luftschiffe sollen etwa 100 Fuss lang werden und einen Durchmesser von 25 Fuss haben. Sie sind für 4 bis 8 Insassen bestimmt.

Das Unternehmen hat bereits 18 Luftschiffe in Auftrag. Das erste Kleinluftschiff ist nahezu vollendet und soll bereits in der nächsten Woche einen Probeflug ausführen. Die Konstruktion des neuen Luftschiffes wird streng geheim gehalten.

SPD. Frankfurt/M., 4. Sept. (Eig. Drahtb.)

In dem Dorfe Oberflockenbach bei Weinheim kam es nach einer von den Nationalsozialisten einberufenen Versammlung, in der die Republik und die sie stützenden Parteien, vor allen Dingen natürlich die Sozialdemokratie, in der wütesten Weise beschimpft wurden, zu schweren Zusammenstößen zwischen Versammlungsteilnehmern und politisch linkseingestellten Personen. Es gab zahlreiche Verletzte, darunter der nationalsozialistische Abgeordnete des badischen Landtages Walter Köhler.

Ähnliche Vorgänge haben sich in Kehl am Rhein abgespielt, wo der Vertreter der Deutschen Friedens-Gesellschaft Küster-Berlin über das Thema "Hakenkreuz und Stahlhelm sind Deutschlands Niedergang" sprach. Die in der Versammlung anwesenden Nationalsozialisten machten von Anfang an einen wüsten Lärm, den sich die Mehrheit der Versammlung, die die Ausführungen Küsters anhören wollte, nicht gefallen liess. So kam es schliesslich zu tätlichen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Nationalsozialisten mit Schlagringen, Stuhlbeinen und Messern auf die Versammlungsteilnehmer losgingen. Es gab zahlreiche Verletzte.

SPD. London, 4. September (Eig. Drahtb.)

Wie dem "Daily Herald" berichtet wird, sind nach den Feststellungen der "Balkan-Föderation" seit Beginn der jugoslawischen Diktatur aus politischen Gründen 77 Personen durch Organisationen, die der Regierung nicht fern stehen sollen, ermordet worden. Von den Gerichten wurden in der gleichen Zeit wegen politischer Vergehen, 335 Personen zu Gefängnis, Zuchthaus und Verbannung verurteilt.

Der "Daily Herald" meldet ferner, dass dem Völkerbund von südslavischen bisher auf italienischem Staatsgebiet wohnenden Flüchtlingen ein Appell übermittelt wurde, in dem es u.a. heisst: "Allein in der vergangenen Woche sind in Triest und Fiume 600 Personen von der faschistischen Diktatur verhaftet und ins Gefängnis geworfen worden."

SPD. Paris, 4. September (Eig. Drahtb.)

Das Rätsel der am Mittwoch aus der Seine in vollkommen verwestem Zustande gefischten menschlichen Leichenteile hat bisher von der Pariser Polizei nicht gelöst werden können. Die gerichtsarztliche Untersuchung hat indessen weitere Verwirrung und Unsicherheit in die Affäre gebracht, indem ein Urteil abgegeben wurde, das der Phantasie wohl weitesten Spielraum lässt, aber nicht die geringsten Anhaltspunkte für weitere polizeiliche Recherchen bietet.

Auf Grund des ärztlichen Urteils kann es sich bei dem Fund aus der Seine ebenso gut um die Überreste einer Frau wie um die eines Mannes handeln. Es ist bisher nicht einmal gelungen, einwandfrei die Rasse des Opfers festzustellen, da die Haut vollkommen fehlt. Allerdings neigt man der Ansicht zu, dass es sich um die Körperteile einer etwa 30 jährigen Frau handelt und nicht um die eines Chinesen, wie am Donnerstag ein Gerücht wissen wollte. Ausser einem sehr beschädigten Gebiss ist kein besonderes Merkmal gefunden worden, das eine ernsthafte Basis für weitere Nachforschungen schaffen würde.

17 Frauen stehen seit Monaten auf der Vermisstenliste der Pariser Kriminalpolizei, ohne dass das Rätsel auch nur eines einzigen Falles bisher hätte gelüftet werden können. Man hat sich bereits damit abgefunden, dass die Liste der "zerstückelten Frauenleichen" um eine bereichert ist, ohne dass die Polizei in der Lage wäre, die Frauenmörder zu fassen.

SPD. Nottingham, 4. September (Eig. Drahtb.)

Der britische Gewerkschaftskongress beschäftigte sich am Donnerstag mit den zur Rationalisierung, zur Arbeitslosigkeit und zur sozialen und sanitären Fürsorge gestellten Anträgen.

Die in England einsetzende Rationalisierung und die Arbeitslosigkeit erfordern nach der Ansicht des Kongresses 1. die Herabsetzung des pensionsfähigen Alters auf 60 Jahre, wodurch 678 000 Arbeiter über 60 Jahre aus dem Produktionsprozess herausgezogen und jüngeren Kräften Platz gemacht würde. 2. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden in der Woche einschliesslich der Mahlzeitpausen, mit dem gleichzeitigen Verbot der Überstunden, ohne dass jedoch der gegenwärtige Lohnstandard durch diese Massnahmen herabgesetzt wird. 3. verlangt der Kongress eine Entschädigung für jene infolge Rationalisierung und Betriebszusammenlegung überflüssig gewordenen Arbeiter und Angestellten.

Die Anträge wurden nach langer Debatte mit überwältigender Mehrheit angenommen, ebenso jene Entschliessungen, die die Einbeziehung von Frauen und Kindern in das Krankenkassengesetz verlangen, die Reorganisierung der medizinischen Behandlung der Versicherten sowie den Ausbau des gesamten Ärzteswesens. Angenommen wurde ferner der Antrag, der Bank von England die ihr heute zustehenden finanziellen Befugnisse zu nehmen und sie auf die Regierung zu übertragen. Ausserdem ersucht der Kongress den Generalrat der britischen Gewerkschaften in Verbindung mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund zu versuchen, dass die Arbeitszeit und die Arbeitslöhne im internationalen Bergbau für alle Staaten auf eine gemeinsame Basis gebracht wird. Die Anstrengungen der Arbeiterregierung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit anerkennt der Kongress in einer weiteren Entschliessung. Da aber die Labour-Regierung keine Mehrheit im Parlament besitze, sei es ihr unmöglich, durch sozialistische Massnahmen die Wirtschaftskrise zu lösen und die Arbeitslosigkeit zu beenden. Deshalb betrachte es der Kongress als die vornehmste Pflicht aller Gewerkschaftsmitglieder, bei den nächsten englischen Wahlen nicht nur für die Labour-Partei zu stimmen, sondern auch mit allen Kräften dafür zu sorgen, dass die Arbeiterpartei mit einer Mehrheit ins Parlament zurückkehrt.

SPD. Tromsø, 4. September (Eig. Drahtb.)

Das zweite Tagebuch des enteisten Nordpolforschers Andree besteht aus 50 bis 60 Seiten, durch deren Inhalt man glaubt, über das Schicksal der Andree Expedition Aufklärung zu erhalten. Das Tagebuch wird mit den anderen gefundenen Gegenständen der norwegischen Regierung übergeben werden. Das schwedische Kriegsschiff "Svensksund", das die sterblichen Überreste Andrees und Strindbergs nach Stockholm bringen soll, wird am Sonnabend in Tromsø eintreffen.

Die Mannschaft der "Bratvaag" fordert für ihren wertvollen Fund in einem durchaus taktvollen Tone Funderlohn. An wen der entsprechend beauftragte Advokat seine Ansprüche stellen wird, steht noch nicht fest.

SPD. Der bolschewistischen "Iswestija" vom 18. August entnehmen wir folgenden Bericht aus dem Uralgebiet über die Lebensverhältnisse der dortigen Arbeiterschaft :

"Der Wechsel der Belegschaft in den Betrieben des Urals hat astronomische Zahlen erreicht, - Zahlen, die Veranlassung geben, Alarm zu schlagen. In der Kohlenindustrie haben in den letzten sieben Monaten von 15 000 Arbeitern mehr als 12 000 die Arbeitsstellen verlassen. In der Metallindustrie hat der Wechsel in der Belegschaft im drittel Vierteljahr 44 %, gegen 26 % im entsprechenden Vierteljahr des Vorjahres erreicht. In Kuschwa arbeiten nur 30 % der Arbeiter länger als ein Jahr. Der Trust "Ural-Promstroi" hat von seinen 16 000 Arbeitern ungefähr 11 000 verloren. In den Wisokogorskschen Bergwerken sind in letzter Zeit mehr als 700 Arbeiter ausgeschieden. In den meisten Fällen liegt die Erklärung für diesen starken Wechsel darin, dass die Wohnungsverhältnisse überaus unbefriedigende sind, dass die Versorgung mit Lebensmitteln nicht organisiert ist und dass die Art der Verwendung der Arbeitskräfte zu Klagen Anlass gibt. So hat z.B. auf dem Werke N. die Verwaltung nichts getan, um die unbegründete Arbeitsversäumnis zu bekämpfen, die in letzter Zeit bis auf 2 700 Arbeitstage im Monat gestiegen ist. Als einziges Mittel, um diesem Übel zu steuern, haben die Werksleitungen schubweise Entlassungen vorgenommen. An einigen Tagen wurden 150 und mehr Mann täglich entlassen. Man musste sogar einen besonderen Angestellten mit der Ausfertigung von Entlassungsscheinen beauftragen. Für den Trust "Ural-Maschin" sind aus Weissrussland 370 Mann angefordert worden, von denen aber nur 8 geblieben sind. Der Rest ist infolge unleidlicher Lebensverhältnisse wieder abgewandert. 2000 weitere weissrussische Arbeiter haben die Werke verlassen, weil man sie in Holzbaracken, die weder Fenster noch Türen aufwiesen, untergebracht hatte. Die Ernährung veranlasst allenthalben zu endlosen Klagen. In den Speisehäusern werden die Arbeiter durch endloses Anstehen, Schmutz, nachlässige Zubereitung der Speisen, Mangel an Holzlöffeln usw. abgestossen."

Das sind Zustände, wie sie selbst in dem dunkelsten Winkel Deutschlands nicht zu verzeichnen sind. Die Kommunisten hören dennoch nicht auf, Russland als Vorbild zu schildern. Gott behüte uns davor!

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850).

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Der richtige Mann am richtigen Platz.

SPD. Herr Dietrich, der Reichsfinanzminister, ist der Erfinder des Schlagwortes vom Interessentenhaufen. Herr Dietrich reist im Lande umher, hält Wahlreden für die Staatspartei und die Regierung Brüning und strapaziert dabei das von ihm erfundene Schlagwort. Von seinen politischen Freunden wird er allmählich in die Rolle eines grossen Mannes hineingesteigert, während die Wissenden längst darüber im Klaren sind, dass hinter ihnen als treibende und anregende Kraft Herr Höpker-Aschoff steht.

Herr Dietrich darf die Rede vom Interessentenhaufen wiederholen, Herr Höpker-Aschoff macht die Politik, und man sagt, dass er der eigentliche Vater des letzten sogenannten Finanzprogramms des Kabinetts Brüning gewesen sei.

Der Reichsverband der deutschen Industrie, die Vereinigung deutscher Arbeitgeber-Verbände und mit ihnen zahlreiche andere Unternehmerorganisationen bezahlen den Wahlkampf für eine stattliche Anzahl von Kandidaten der Parteien, die im Brüning-Kabinettt vertreten sind. Die Methoden sind bekannt und von uns bereits mehrfach beleuchtet worden. Je folgsamer der Kandidat, umso wohlwollender die sogenannte Wirtschaft, umso reichlicher die Wahlzuschüsse. Die Geschichte sehr öffentlich und die Vereinigung deutscher Arbeitgeber-Verbände im besonderen macht kein Geheimnis daraus. Nach der Wahl von 1928 veröffentlichte sie am 31. Juli 1928 eine Liste der Industrieparlamentarier. In ihrer Veröffentlichung wurde gesagt :

"Wir veröffentlichen nachstehend eine Übersicht derjenigen Abgeordneten des Reichstages und des Preussischen Landtages, die als der Industrie nahestehend zu bezeichnen sind. Sie sind in der Gruppe A zusammengefasst; unter Gruppe B sind die zur Wirtschaft im weiteren Sinne gehörenden bzw. ihr nahestehenden Abgeordneten aufgeführt. Selbstverständlich kann zwischen beiden Gruppen keine scharfe Trennungslinie gezogen werden, und es kann in dem einen oder anderen Falle offen bleiben, ob ein Abgeordneter zu Gruppe A oder B zu zählen ist."

Gruppe A - das sind die besonderen Vertrauensleute der Arbeitgeberverbände, die von ihnen besonders subventioniert worden sind und auf die sie deshalb ganz besondere Hoffnungen setzen. Es sind, um mit Herrn Dietrich zu reden, die Spezialvertreter des Interessentenhaufens der Arbeitgeber.

Aber wer ist's? In dem Buche von R. Lewinsohn "Das Geld in der Politik", in dem wir diese Angaben zusammengestellt finden, wird weiterhin festgestellt, dass nach den Angaben der Unternehmer 16 Prozent der Abgeordneten des letzten Reichstages Industrieabgeordnete gewesen sind. Auch die Namen finden sich da und die Feststellung, dass die Abgeordneten gegen die Liste der Arbeitgeberverbände, die unmittelbar nach dem Wahlkampf zusammengestellt worden ist, öffentlich niemals Einspruch erhoben haben. Auf dieser Liste aber findet sich eingegliedert in die Gruppe A die Gruppe der besonderen Vertrauensleute der Arbeitgeberverbände von Demokraten - Herr Reichsminister Dietrich.

Herr Dietrich, Reichsminister, Mitglied der Gruppe A auf der Liste der Arbeitgeberverbände, ist im Kampf gegen die Interessentenhaufen unbedingt der richtige Mann am richtigen Platz. Wer kennt nicht das alte Scherzwort: Aus dem Antisemitismus wird erst dann etwas werden, wenn ein richtiggehender Jude ihn in die Hand nimmt? Wir möchten es variieren: Aus dem Kampf gegen die Inte-

ressentenhafen in der Politik wird erst dann etwas werden, wenn ein richtiggehender Interessentenvertreter sich der Sache annimmt. Da Herr Dietrich die Funktion übernommen hat, und da auch sonst alle Voraussetzungen zutreffen, so muss die Sache doch klappen!

Ob allerdings ein Mitglied der Gruppe A der Liste der Arbeitgeberverbände als Reichsminister der Finanzen der richtige Mann am richtigen Platz ist, möchten wir bezweifeln!

Der verräterische Zungenschlag.

In den bekannten Sturmdebatten des Vorkriegszeitalters gegen Wilhelm II., die an das sogenannte "Daily Telegraph"-Interview anknüpften, passierte einem nationalliberalen Abgeordneten ein verräterischer Zungenschlag. Pathetisch erklärte er von der Tribüne des Reichstags herab: "Und so bekennen wir rückgratlos vor Königsthronen..." Der Unglückliche hatte sagen wollen: Rückhaltlos. Seine sofort nachgestammelte Erklärung fruchtete nichts. Mit seiner Rede war es vorbei. Unter stürmischem Gelächter trat er ab.

Dem preussischen Handelsminister Schreiber ist in diesen Tagen ein ähnliches Missgeschick zugestossen. Die Staatspartei veranstaltete einen Presseempfang, auf dem Herr Schreiber die neue Partei feierte. Dabei erklärte er:

"Die Demokratische Partei hat sich mit dem Jungdeutschen Orden zusammengeschlossen. Das ist ein verhängnisvoller, nein, verheissungsvoller Anfang."

Das Unterbewusstsein des Herrn Schreiber beherbergt seine geheimsten Gedanken und ganz wider seinem Willen hat es dies Sichversprechen herbeigeführt, das besser als andere Erklärungen enthüllt, wie Herr Schreiber über die Kreuzung zwischen Demokraten und Jungdo wirklich denkt.

Käufer in Deutschland gesucht.

In einer grossen Berliner Tageszeitung, die der Staatspartei nahesteht, lesen wir in grösster Aufmachung das folgende Inserat :

"Die weltberühmte historische Palastvilla Giulia am Comersee in Bellagio, früher Besitz Leopolds II. von Belgien zu verkaufen. Nicht wiederkehrende Gelegenheit! Prunkvollst möbliert. Aller modernster Komfort. Unter Kunstdenkmalschutz. 200 000 qm Areal über die ganze Breite der Halbinsel. Gepflegte Parkanlagen mit tropischer Vegetation. Wälder mit jahrhundertalten Bäumen. Weite Wiesenflächen. Landwirtschaftlicher Musterbetrieb. Vier grosse Treibhäuser und Wintergärten - Garage - Stall für fünf Pferde - zwei Häfen (je einer an den beiden südlichen Armen des Comersees) mit Kutter, Maybach-Motorboot, Barken - Kilometerlange Reitalleen."

In Deutschland: 3 Millionen Erwerbslose, Dauerkrise, bekanntlich absoluter Kapitalmangel, Unvermögen des Besitzes mehr Steuern zu zahlen, dunkelste Aussichten für den kommenden Winter - aber: für diesen Besitz, über den kein Wort weiter zu verlieren ist, werden Käufer in Deutschland gesucht.

Das Drahtseil.

Die neueste Waffe der Hakenkreuzler ist das Drahtseil. Als kürzlich in Laim bei München eine sozialdemokratische Versammlung stattfand, sperrten im Dunkeln Hakenkreuzbuben den Radfahrweg von Pasing zum Versammlungslokal mit einem Drahtseil ab. Der Anschlag wurde glücklicherweise entdeckt, ehe ein Unglück erfolgte. Es gibt kein Verbrechen und keine Gemeinheit, zu dem die Hakenkreuzbuben nicht fähig wären!

Aus aller Welt

Berlin im Wahltrommelfeuer.

Ein Kapitel von den tausend Methoden, mit denen man sich lächerlich macht,
Ein Bilderbogen aus aufgeregten Tagen.

SPD. Der Wahlgeist geht um. Die gewisse Skepsis, die dem echten Berliner eigen ist, beginnt bereits einer fühlbaren Nervosität Platz zu machen. 22 Parteien rufen von den Litfassäulen den Berlinern zu, für ihre Listen zu stimmen. Transparente in den Verkehrszentren Berlins werben in Leuchtschrift, aus den Fenstern der Wohnungen selbst schreien dich Wahlaufrufe an. Wanderschrifttexte leuchten ins Leben der Nacht.

Liste I marschiert!

Allen voran im Kampf marschiert die Berliner Sozialdemokratie. Unermüdet sind die freiwilligen Wahlhelfer der Partei, die Tausende von Funktionären, die aus heiligem Eifer für die Sache des Sozialismus noch nach schwerer Berufsarbeit den Abend der Wahlpropaganda widmen, treppauf und treppab tätig, um die Flugblätter und Propagandaschriften der Partei den Wählern ins Haus zu bringen. In allen Strassenbezirken finden fast jeden zweiten Tag grosse Wahlumzüge statt, an denen sich Tausende und Abertausende beteiligen. Auch in den Bezirken, in denen die Kommunisten bisher mit wildem rücksichtslosem Terror die Sozialdemokraten zurückdrängen konnten, ist die Partei mit erhöhter Aktivität an die Arbeit gegangen, so am Wedding, auf dem sich besonders deutlich der fortschreitende Erfolg der sozialdemokratischen Propaganda bemerkbar macht. Offensichtlich befinden sich hier die Kommunisten in der Defensive. Das "Berliner Volksblatt", die ausgezeichnet gemachte Wahlzeitung der Berliner Sozialdemokratie, ist in vielen Hunderttausenden von Exemplaren in der ganzen Stadt verbreitet worden. Keim Vorort in dem nicht mit Energie für die Liste I der Sozialdemokratie geworben wird. Nicht zu vergessen die eifrigen Parteifreunde, die auf Lastkraftwagen durch die Stadt fahren und im Sprechchor dazu auffordern, die Liste der SPD zu wählen.

Politische Dichterakademie 1930.

Sehr bezeichnend und charakteristisch ist die gemeinsame aufdringlich-rüpelhafte Tendenz der nationalsozialistischen und kommunistischen Wahlpropaganda. Die Nazis gucken das, was ihnen gefällt, ohne jede Scham von den Kozis ab oder auch umgekehrt. Da ist zuerst das sinnlose Bemalen von Häuserfronten, Schaufensterscheiben, Bedürfnishäuschen und Strassenpflaster mit Kampfparolen der KPD und der NSDAP. Wenn der kleine Geschäftsmann im Norden und Osten am frühen Morgen aufsteht, um sein Geschäft zu öffnen, so kann es ihm passieren, dass er seine Schaufensterscheibe gänzlich mit roter Farbe verkleistert vorfindet. Liebliche Sprüche sind da zu lesen: "Mit Hitler in das Dritte Reich, die Liste 9 für Arm und Reich!" Der Vers ist nicht gerade schön, aber mehr Beganbung entwickeln die feindlichen Brüder zur Linken auch nicht: "Haut die verfluchten Reformisten, wählt Liste 6 der Kommunisten!" Vor einem Verkehrslokal der Nazis wurde dieser Tage ein grosses Plakat aufgehängt mit dem wundersamen Leitspruch: "Die Hitlerliste schmeisst die Kiste!" Ein Missvergnügter, vielleicht ein "revolutionärer" Strasser-Mann, hatte über Nacht in Schönschrift darunter gemalt "So dämlich kann nur Goebbels sein, er ist ja selbst ein Judenschwein!" Niedlich unterbrochen wird der Wahlkampf der KPD und NSDAP durch wilde Prügeleien, die fast jede Nacht zwischen ihren Stosstrupps und Klebekolonnen stattfinden, und bei denen Messer und Gummiknüppel trotz des Waffenverbots noch immer eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Missbrauchte Jugend.

In irgendeinem vergessenen, verträumten Winkel des alten Berlin hat der Herausgeber eines unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit erscheinenden Anarchistenblättchens die Parole der Wahlenthaltung in Fettdruck lyrisch formuliert: "Ob Jude, Heide oder Christ -, bleib fern der Wahl-, werd' Anarchist!" Natürlich haben die Kommunisten nicht vergessen, ihren alten blöden Zweizeiler: "Wer hat Euch verraten, die So-Zial-Demokraten-" aus der Sowjetstern-Motenkoste hervorzuholen. 13 bis 14 jährige Bengels aus der KJV, ja selbst die 7 und 8 jährigen des Jung Spartakus-Bundes werden auf Lastwagen gesetzt und müssen nun zur hämischen Freude des Bürgertums den üblen kommunistischen Hetzvers im Sprechchor herunterleiern. Ob diese Propaganda den Kommunisten viel nützen wird?

In der Fülle seiner Äusserungen bietet der Berliner Wahlkampf durchaus nicht immer ein erhebendes Bild. Die extreme Rechte und die extreme Linke überschlagen sich förmlich in einer Agitation, die ebenso grotesk wie freier und aufrechter Menschen unwürdig ist. Wie diese Antipolitiker das Recht, das ihnen der neue Staat verlieh, auffassen, ist eine einzige "brennende Scham und ein schmerzliches Gelächter."

Das Volk aber empfindet in seiner übergrossen Mehrheit mit sicherem Instinkt die Sinnlosigkeit des Nazis- und Kozitheaters. Und das Volk muss am 14. September die entsprechende Quittung dafür ausschreiben:

Es wähle Liste I !

Kuka.

Fimmel mit Innensteuerung. Als die 17 jährige Suzanne X. aus Quiberon in Frankreich vor zwei Wochen vor dem Traualtar stand, erkundigte sie sich beim Priester, ob ihr auf Grund des Ehestatuts das Recht zustehe, sich ihrem Manne gegenüber als gleichberechtigte Partnerin zu fühlen. Der Priester musste als treuer Bibelmann die Frage verneinen. Daraufhin wollte die Braut von der Trauung nichts mehr wissen. Als endlich der Bräutigam seine Braut wieder soweit hatte, dass sie dennoch mit ihm die Ehe einzugehen bereit war, wurde Suzanne von neuen Wünschen überfallen; sie äusserte: "Wenn ich schon nicht gleichberechtigt mit meinem Manne sein werde, so möchte ich wenigstens in einem Auto mit Innensteuerung zur Kirche fahren." Da nun aber in dem ganzen Städtchen kein Auto gefunden werden konnte, das dem Wunsche der Braut entsprach, musste die Hochzeit zum zweiten Male verschoben werden.

Raubüberfall auf Zeppelinkasse. In der Nacht zum Donnerstag drangen zwei verummte junge Leute in das Geschäftslokal der Kasseler Omnibus G. m. b. H. in Kassel ein, um die bei der Zeppelinlandung in Kassel vereinnahmten Eintrittsgelder zu entwenden. Die Verbrecher, die schwarze Masken trugen, schüchterten die anwesenden Beamten durch Vorhalten eines Revolvers ein. Obschon die Zeppelingelder auf einer Grossbank abgeliefert worden waren, fielen den Räubern die in der Dunkelheit entkamen, 4500 Mark in die Hände.

Unterschlagungen eines Postbeamten. Von der Berliner Kriminalpolizei wurde der Hilfspostschaffner Hase vom Postamt Berlin-Pankow I festgenommen. Hase ist geständig, die für Nachnahmesendungen eingelösten Beträge in der Höhe von mehreren tausend Mark unterschlagen zu haben.

Vergebliche Flugzeugsuche. Die Nachforschungen nach dem vermissten österreichischen Verkehrsflugzeug "A 3" der Linie Wien-Zürich sind bis jetzt ergebnislos geblieben. Zwölf Flugzeuge haben das in Frage kommende Gebiet bisher abgesucht.

Die Bombenverbrecher und die Freimaurer. In der Donnerstag-Sitzung des Altonaer Bombenprozesses protestiert Staatsanwalt Eichholz gegen die Unterstellung des Nebenklägers Rechtsanwalt Brandt, dass die Berliner Staatsanwaltschaft absichtlich die Untersuchung wegen der Waffenverschöpfung verzögert habe. Man erfährt, dass das Verfahren zurzeit bei der Lüneburger Staatsanwaltschaft bearbeitet wird. Eine weitere Erklärung, diesmal für die Angeklagten, gibt Rechtsanwalt Lütgebrune ab: es habe niemals die Absicht bestanden, das Landvolk planmässig zu bewaffnen oder bei den Bombenattentaten Menschenleben zu gefährden. Es seien nur Demonstrationen verfolgt worden. Landgerichtsrat Dr. Masur, dessen Zeugenvernehmung zu Ende geführt wird, entlastet das angeklagte Ehepaar Holländer, das ganz offenbar getäuscht worden sei, als man die Sprengstoffe bei ihnen einlagerte. Holländer hatte wohl einen an Hörigkeit grenzenden Respekt vor den Landvolkleuten. Gleichsam um sie zu ehren, veranstaltete er am Tag, als man ihm den Sprengstoff brachte, über dessen Bedeutung er sich nicht recht klar war, eine Kaiser Geburtstag Feier - es war am 27. Januar 1929 -, zu der er sich extra mit einem Gehrock und seinen Kriegsauszeichnungen schmückte. - Nach Abschluss der Vernehmung Dr. Masurs ersucht im Namen der Angeklagten Dr. Lütgebrune, den Sachverständigen Kreisarzt Dr. Kracht, weil er Freimaurer sei, abzulehnen. Kracht sei ausserdem ein persönlicher Feind der Angeklagten. Kracht behauptet indessen, dass er der Landvolkbewegung indifferent gegenüber stehe, obschon er die Bombenanschläge ablehne. Das Freimaurertum habe nichts mit Politik zu tun, ausserdem würde es in keiner Weise staatsfeindlich sein. Die Staatsanwaltschaft rät zur Ablehnung von Lütgebrun.

Frenzel-Prozess am 23. September. Die Berufungsverhandlung gegen den nach einem aufsehenerregenden Prozess wegen Blutschande zu anderthalb Jahren verurteilten Amtsvorsteher Frenzel aus Bornim bei Potsdam wird vor der grossen Potsdamer Strafkammer am 23. September beginnen.

Blutige Schlägerei in Berlin. In einer Gastwirtschaft in der Schlossstrasse in Berlin-Charlottenburg kam es am Donnerstag nachmittag zwischen vier angetrunkenen Leuten zu einer schweren Schlägerei, bei der der 38jährige Maurer Siegfried Engel aus der Krummestrasse in Charlottenburg lebensgefährlich verletzt wurde. Der Unglückliche, der mit einem Stock einen derart wuchtigen Hieb über den Kopf bekam, dass er einen doppelten Schädelbruch erlitt, wurde in hoffnungslosem Zustand ins Westend-Krankenhaus gebracht. Der mutmassliche Täter konnte verhaftet werden.

Grauenhafter Selbstmord. In Westeregeln bei Magdeburg verübte die seit längerer Zeit an Schwermut leidende Witwe Köning auf aussergewöhnliche Weise Selbstmord, indem sie in ihrer Wohnung Feuer legte, sich die Pulsadern aufschnitt und dann in die Flammen sprang. Bei den Aufräumarbeiten konnte die Feuerwehr die völlig verkohlte Leiche der Selbstmörderin unter den Trümmern bergen.

Goldbarren im Ozean. Italienische Taucher sind dieser Tage auf das Wrack des englischen Dampfers "Egypt" gestossen, der vor sieben Jahren mit einer Goldbarrenladung im Werte von 200 Millionen Franken an Bord an der französischen Westküste gesunken ist. Mit der Abmontierung des Wracks ist bereits begonnen worden, die Taucher hoffen in Kürze bis zu der im innern Teil des zerstörten Schiffes befindlichen Goldladung vorgedrungen zu sein.

Red River-Brücke zerstört. Die im Bau befindliche grosse Brücke über den Red River (Amerika) wurde am Donnerstag nachmittag durch drei schwere Nitroglycerin-Explosionen zerstört. Der Schaden ist ungemein gross, man schätzt ihn auf etwa eine halbe Million Dollar. Über die Ursache der Explosion verlautet nichts Näheres.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Die Arbeitslosigkeit in Russland.

"Land ohne Arbeitslose" oder Potemkin'sche Dörfer.

SPD. Das zaristische Russland war gross im offiziellen Schwindel. Die Potemkin'schen Dörfer, d.h. das gemalte Paradies, das den die Wolga hinunter fahrenden kaiserlichen Herrschaften Wohlstand vortäuschte und Armut und Not verdeckte - sind eine russische Erfindung. Potemkin'sche Dörfer fabriziert auch Sowjetrussland. Es erzählt der Welt, es sei das "Land ohne Arbeitslose". Wie es jedoch mit der Arbeitslosigkeit Russlands in Wirklichkeit steht, darüber geben interessante Mitteilungen der Internationalen Rundschau der Arbeit (Heft 8) der Monatsschrift des Internationalen Arbeitsamtes, einigermassen Aufschluss. Diese Mitteilungen beruhen auf Kongressberichten und Zeitungsaufsätzen, die in Russland selbst erschienen sind und also sogar noch zu Gunsten Moskaus gefärbt sind. Die Mitteilungen des Internationalen Arbeitsamtes zeigen dass die Arbeitslosigkeit Russlands schlimmer ist als in irgend einem andern Land.

In Russland gab es im Januar 1930 - nach der russischen Arbeitslosenstatistik - 1 311 000 eingetragene Arbeitslose. Als arbeitslos kann in Russland nicht jeder Arbeitslose eingetragen werden; in Frage kommen hierfür nur solche Leute, die von den Arbeitsämtern als arbeitslos anerkannt werden. Die Zahl der nicht eingetragenen Arbeitslosen ist um ein vielfaches höher als die der eingetragenen. Ungeheuer gross ist die Gruppe der Arbeitslosen, denen man in Russland unterstellt, dass sie nicht ernsthaft als Arbeitssuchende betrachtet werden können. Unter die sogenannten Nichtarbeiter fällt sogar eine grosse Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter.

Wie werden in Russland die Arbeitslosen künstlich unsichtbar gemacht? Schon 1924 strich das Arbeitsamt in Leningrad 116986 Personen einschliesslich 34 407 Gewerkschaftsmitglieder aus den Listen als Arbeitssuchende. Die Bedingungen für die Eintragung in die Arbeitslosenlisten wurden von Jahr zu Jahr schärfer. Auf Grund einer Verordnung des Kommissariats für Arbeit vom 13. 7. 1929 mussten folgende Arbeitslosengruppen endgültig aus den Listen der Arbeitssuchenden gestrichen werden:

a) Personen, die nicht stimmberechtigt sind, mit Ausnahme derer, die während der letzten 5 Jahre bei produktiver Arbeit beschäftigt waren und ihre Loyalität gegenüber der Sowjetregierung bewiesen haben. Die Gewerkschaftsmitglieder unter ihnen werden mit dem Tage aus den Listen gestrichen, mit dem sie aus ihrer Gewerkschaft ausgeschieden sind, Nichtgewerkschaftsmitglieder werden mit dem Tage gestrichen, an dem dem Ueberwachungsausschuss zur Kenntnis kommt, dass sie kein Stimmrecht mehr besitzen. Familienangehörige der nicht stimmberechtigten arbeitslosen Arbeiter sind gleichfalls aus den Listen des Arbeitsamtes zu streichen.

b) Personen, die zwar noch stimmberechtigt sind, aber Arbeitnehmer: mit der Absicht auf Gewinn gegen Entgelt beschäftigen oder aus Geschäften oder anderen Quellen ein Einkommen beziehen, das nicht als Lohneinkommen betrachtet werden kann. Familienangehörige der Arbeitslosen dieser Gruppe werden gleichfalls aus den Listen gestrichen, wenn sie nicht ihre volle Loyalität gegenüber der Sowjetregierung bewiesen haben und mindestens 5 Jahre bei produktiver und für die Gemeinschaft nützlicher Arbeit beschäftigt waren.

c) arbeitslose Arbeiter, die sich in den Räumen der Arbeitsämter ungehörig benommen haben und deswegen gerichtlich belangt sind.

Ferner arbeitslose Arbeiter in den nachstehend angeführten Gruppen für höchstens 12 Monate:

- a) arbeitslose Arbeiter, die im Handel, einschliesslich des Hausiererhandels beschäftigt sind,
- b) arbeitslose Arbeiter, die ein Einkommen besitzen, das für ihren eigenen Bedarf und den ihrer Familie ausreicht,
- c) arbeitslose Arbeiter, die vom Gericht oder von den öffentlichen Behörden wegen wiederholter Verstösse gegen die Satzungen der Arbeitsämter verurteilt sind. Bei Ablauf des Zeitraums, während dessen ihre Namen aus den Listen gestrichen sind, können diese Arbeiter am Ende der Liste wieder eingetragen werden.

Die Bedeutung dieser künstlichen Einschränkung der Zahl der Arbeitslosen wird erst dann völlig klar, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der nicht eingetragene Arbeitslose in Russland vollständig entrechtet ist. Und aus diesem furchtbaren Tatbestand macht nun die kommunistische Presse in Deutschland ein russisches Arbeiterparadies. Sie schreibt, es gebe nach den Mitteilungen des Internationalen Arbeitsamts in Russland nur noch 42 700 gelernte oder ungelernete Arbeitslose; teilweise herrsche bereits ein Mangel an gelernten Arbeitern. Die Ursache des Rückgangs der Arbeitslosen sei der wachsende Bedarf der Staatswirtschaft an Arbeitskräften durch beschleunigte Entwicklung der Industrie und Durchführung grösserer Bauarbeiten. Die Zahl der Lohnarbeiter sei von etwa 11 Millionen im Jahre 1927/28 auf etwa 13 Millionen im Jahre 1929 gestiegen. 42 700 Arbeitslose von 145 Millionen! Nur der Kommunismus könne uns retten.

Diese Irreführungen grenzen bereits an groben Unfug. Wenn Moskau mit seiner Auswahl von anerkannten Arbeitslosen aus dem grossen Heer der wirklichen Arbeitslosen so fortfährt wie bisher, dann wird in Russland die Arbeitslosigkeit bald vollständig unsichtbar gemacht sein; denn wenn schon hunderttausende von gewerkschaftlich Organisierten aus den Listen der Arbeitssuchenden einfach gestrichen werden, dann kann man totsicher damit rechnen, dass die unorganisierten Arbeiter in Russland im Fall von Arbeitslosigkeit überhaupt nicht mehr für die Zählung in Frage kommen. In Deutschland versucht man, die Arbeitslosenstatistik möglichst zu verfeinern und genau zu gestalten. Zu diesem Zweck wird jetzt eine besondere Wohlfahrtserwerbslosenstatistik durchgeführt. In Sowjetrussland macht man das Gegenteil: man erfasst so wenig wie möglich die Arbeitslosen und sagt dann, es gebe keine. Das ist nicht Arbeitspolitik, sondern Humbug.

SPD. Die Zentrums Presse strapaziert sich im Wahlkampf ganz besonders in dem Versuch, dem Kabinett Müller-Wissell die Zunahme der Arbeitslosigkeit in die Schuhe zu schieben. So schreibt die Germania: "Beim Regierungsantritt des Kabinetts Müller-Wissell zählten wir rund 700 000 Erwerbslose. Beim Sturz des Kabinetts Müller-Wissell waren mehr als 3 Millionen Erwerbslose vorhanden."

Zunächst stimmt es nicht, dass das Kabinett Müller sozusagen mit rund 700 000 Erwerbslosen angefangen hat. Die Zahl der Arbeitssuchenden stieg während der Regierungszeit des Kabinetts Müller von 1,2 auf rund 3 Millionen. Aber nur ein Demagoge kann auf den Gedanken kommen, die allgemeine Zunahme der Arbeitslosigkeit einer Regierung aufs Konto setzen zu wollen. Weder in Amerika noch in England noch in Deutschland und hier weder vom Kabinett Müller noch vom Kabinett Brüning ist die Arbeitslosigkeit geschaffen worden. Die Krise ist eine Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Das pfeifen nun bald die Spatzen von den Dächern. Soweit die Regierungen in der Arbeitslosenfrage verantwortlich zu machen sind, kann das nur durch die Frage geschehen: was ist gegen die Arbeitslosigkeit und für die Arbeitslosen getan worden?

Bei der Beantwortung dieser Frage schneidet das Kabinett Müller besser ab als das Kabinett Brüning; denn im Laufe der letzten 5 Monate,

d.h. während der normalen Hauptentlastungsperiode auf dem Arbeitsmarkt hat es die Regierung Brüning zu einer Abnahme der Arbeitslosenziffer um ganze 150000 bis 200 000 gebracht. Im vorigen Jahr dagegen betrug der Rückgang von Ende März bis August über 1 1/2 Millionen, und im Jahre 1928 betrug der Rückgang in der gleichen Periode, obwohl das Kabinett Müller damals erst Mitte des Jahres seine Tätigkeit begann, rund eine halbe Million.

Das Kabinett Müller hat auch etwas für die Arbeitslosen getan. Es hat den Arbeitslosenschutz verteidigt, während das Kabinett Brüning ihn zu einem grossen Teil beseitigt hat.

Die Zentrums Presse sollte besser nicht die Arbeitslosenfrage benutzen, um Vergleiche zwischen dem Kabinett Müller und dem Kabinett Brüning anzustellen. Hier sind für Brüning bestimmt keine Lorbeeren zu holen. Noch immer kann ja der Arbeitsminister nicht eine einzige Zahl über den schon vor Monaten prophzeiten Rückgang der Arbeitslosenziffer infolge der Arbeitsbeschaffung melden.

SPD. Die Klagen über die verhängnisvolle Auswirkung der durch die Notverordnung des Kabinetts Brüning geschaffenen neuen Krankenversicherungsbestimmungen hat der Reichsarbeitsminister Stegerwald dieser Tage in einer Zentrumsversammlung in Duisburg als "Gemecker" bezeichnet. Diese Klagen mögen dem Reichsarbeitsminister unbequem sein, deswegen sind sie aber noch nicht unbegründet; denn die Krankenversicherungsreform ist nicht nur an sich schon eine sehr bittere Sache, sie ist auch ein böses Beispiel.

Das Abzwacken an der Krankenhilfe wird Mode. So bringt es z.B. der Reichsverband deutscher Landkrankenkassen fertig, den auf dem Weg der Notverordnung in Kraft gesetzten neuen Absatz zum Artikel 189 der Reichsversicherungsordnung geradezu skandalös auszudeuten. In dem neuen Absatz heisst es u.a., dass Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kranken- oder Hausgeld als Arbeitsentgelt nicht gelten, wenn sie auf einer Verpflichtung beruhen. Zuschüsse der erwähnten Art sind in der Landwirtschaft die Sonderleistungen in Krankheitsfällen. Die Tarifvertragsparteien haben sie in einer Form vereinbart, dass mit der Gesamtkrankenhilfe der Kranke ausreichend gepflegt werden kann. Der Reichsverband der deutschen Landkrankenkassen vertritt dagegen jetzt den Standpunkt, dass die Sonderleistungen in Krankheitsfällen ein Arbeitsentgelt seien und deshalb der Wert des Grunddeputats von dem zu gewährenden Krankengeld in Abzug gebracht werden müsse. Das hat zur Folge, dass die Mitglieder der Landkrankenkassen in Mecklenburg z.B. als Krankengeld nur 40 Pfennig pro Tag ausgezahlt bekommen. In Schlesien kommen gar nur 16 Pfennig pro Tag zur Auszahlung.

Sollen die kranken Landarbeiter das Futter für das Vieh von dem Krankengeld bezahlen? Und sollen sie das auch bei 40, bzw. 16 Pfennig noch? Wie man das macht, ist das Geheimnis des Reichsverbandes der deutschen Landkrankenkassen.

Diese Auslegungskünste und Schikanen sind einfach unerhört. Sie liefern den kranken Landarbeiter dem Hungertod aus. Wenn der Landarbeiter verhungern soll, dann braucht er keine Krankenkasse. Krankenkassen sind doch nicht dazu da, um die Menschen zu gefährden. Eine nette Bescherung dank der famosen, durch die Notverordnung des Kabinetts Brüning diktierten Krankenkassenreform!

SPD. Unter den Reichstagswahlvorschlägen befindet sich auch eine "Mieter- und Volksrechtspartei". Der Bund Deutscher Mietervereine e.V. Sitz Dresden hat mit dieser Partei nichts zu tun. In den Kreisen der organisierten Mieterschaft ist von dieser "Mieter- und Volksrechtspartei" bis jetzt nichts bekannt als ihr Name.

Wirtschaft Technik Handel

Im Dezember 3,5 Millionen Arbeitslose.

Wer verschärfte die Wirtschaftskrise?

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut trifft für die Konjunktur Ende August 1930 in seinem letzten Vierteljahrsbericht folgende Feststellung:

"Die deutsche Wirtschaft verhaart in tiefer Depression. Die industrielle Produktion ist um 15 bis 20 % geringer als im Vorjahr. 2,85 Millionen Menschen sind arbeitslos. Zum erstenmal seit dem Weltkrieg befindet sich die deutsche Konjunktur in vollem Gleichtakt mit der weltwirtschaftlichen Industriekonjunktur. Rückläufige Produktion, rückläufige Preise und wachsende Arbeitslosigkeit kennzeichnen die Lage fast aller Industriestaaten. Mit der industriellen Depression verbinden sich schwere Strukturstörungen der Weltagrarswirtschaft, wodurch die Aufnahmefähigkeit der Rohstoffländer für industrielle Produkte stark vermindert wird. Anders als 1926 bietet deshalb der Export der deutschen Industrie keinerlei Ausgleich: Die Ausfuhr Deutschlands ist sogar mengenmässig gesunken. Diese Entwicklung ist um so nachteiliger, als der Rückgang im internationalen Preisniveau automatisch eine Erhöhung des Realwerts der Reparationslasten nach sich zieht. Eine gewisse Erleichterung vermöchte die fortschreitende Verflüssigung der Kreditmärkte zu verschaffen. Die Senkung des Kapitalzinses ist aber noch nicht weit genug fortgeschritten, um genügend neue Planungen rentabel erscheinen zu lassen. Eine besondere Erschwerung für die Kapitalversorgung bildet die Vertrauenskrisis, die sich im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung ergeben hat. Die von der Reichsregierung beabsichtigte Finanzreform kann wesentlich dazu beitragen, das erschütterte Vertrauen wiederherzustellen. Die Ausbalanzierung des öffentlichen Haushalts durch Ausgaben senkung und Einnahmensteigerung wird zwar zu übri-gens unvermeidlichen - Beeinträchtigungen der Wirtschaft führen; doch können sich aus einer Sanierung der Finanzen gleichzeitig starke, wenn auch rein psychologische Auftriebskräfte entwickeln. Nach den zur Zeit vorliegenden objektiven Gegebenheiten der Konjunktur jedoch wird sich die mit dem Herbst einsetzende saisonmässige Zunahme der Arbeitslosigkeit voraussichtlich in voller Höhe auf dem Arbeitsmarkt auswirken."

Nach den Ausführungen des Instituts dürfte sich die Entwicklung dahin auswirken, dass wir Ende Dezember mit einer Gesamtzahl von mehr als 3,5 Millionen Arbeitslosen zu rechnen haben. Das wird aber noch nicht den winterlichen Höhepunkt darstellen, der erst im Januar oder Februar erreicht zu werden pflegt. Das Institut schätzt, auf Grund der Erfahrungen früherer Jahre, die Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung für das ganze Kalenderjahr 1930 im Durchschnitt auf 2,4 Millionen. Die Grenze von 2 Millionen werde nicht unerheblich überschritten werden.

Das ist die Bilanz der grossen Wirtschaftskrise, aber auch die Bilanz einer verfehlten Wirtschaftspolitik, die die vornehmste Aufgabe hatte, das Einkommen mit dem Preisniveau in Einklang zu bringen und diese Aufgabe nicht erfüllte. Das Konjunkturforschungsinstitut nimmt den Ausfall an Verdienst, der durch die Arbeitslosigkeit im zweiten Vierteljahr 1930 entstanden ist,

mit etwa 1,4 Milliarden Mark an. Die Durchschnittsverdienste hätten sich nennenswert kaum verändert. Auf Grund des äusserst reparaturbedürftigen Teuerungsindex rechnet nun das Institut für Konjunkturforschung eine "Steigerung des Realeinkommens" aus, die sich roh geschätzt in der Grössenordnung von 300 bis 400 Millionen Mark halte. Wir bezweifeln diese Steigerung. Das Institut spricht auch angesichts seiner Schätzung von "ausserordentlichen Fehlerquellen" und kommentiert schliesslich seine Schätzung dahin, dass der Kaufkraftrückgang infolge der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr durch eine Steigerung der Realeinkommen infolge der Preissenkung nicht ausgeglichen worden ist"

Das Konjunkturforschungsinstitut stellt in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung, im Gegensatz zu unserem Unternehmertum, das noch immer nach Lohnabbau ruft, die Steigerung des Realeinkommens und die Stärkung der Kaufkraft. In diesem Zusammenhang verweist es darauf, dass die Grosshandelspreise für Konsumgüter seit ihrem Höchststand im November 1928 um 9,2 % zurückgegangen sind, die Preise der Rohstoffe aber seit Mitte 1928 um 32,6 %. Bei den Produktionsmitteln haben sich die Grosshandelspreise nur um 1,2 % gesenkt, während die Rohstoffe um 6,5 % nachgegeben haben. Selbst wenn man roh und ungenau rechnen will und den sich während der Krise vollzogenen Preisrückgang nur allein auf die Rohstoffsenkung zurückführt, ergibt sich unzweifelhaft, dass die Fertigwarenpreise für den letzten Verbraucher nicht dem Sturz der Rohstoffpreise gefolgt sind. So stellt das Institut fest, dass sich der Rückgang der Rohstoffpreise noch nicht voll auf die Preise für Bekleidung ausgewirkt habe. Auch seien für die im Kleinhandel gebundenen Preise (Markenartikel) Abschläge kaum zu verzeichnen. Dem entspricht, dass der Lebenshaltungskostenindex im Juni und Juli 1930 (seither gestiegen Red.) nur um 3,3 % niedriger lag als im Juli 1929 und um nur 2 % niedriger als im Juli 1928.

Das deutsche Unternehmertum und sein Heer von gefälligen Artikelschreibern führt diese verschiedene Entwicklung immer wieder auf die "Hemmungen" durch soziale Belastung, durch starre Löhne usw. zurück, womit sie den Abbau der Sozialfürsorge und den Abbau des Lohnniveaus begründen. Das Konjunkturforschungsinstitut greift schon tiefer. Auch es entdeckt Hemmungen gegen den Preisabbau. Sie liegen aber auf wesentlich andern Gebieten. Wir geben die diesbezüglichen Ausführungen des Instituts wörtlich wieder. Sie lauten: "In Deutschland standen einem Preisrückgang gewisse Hemmungen entgegen. So wurde der Rückgang des deutschen Preisniveaus z.T. durch die zum Schutz der Landwirtschaft und durch die unter dem Druck der Wirtschaftslage verschärfte Anspannung der Einnahmequellen der öffentlichen Wirtschaft abgeschwächt." Das Konjunkturforschungsinstitut sagt nichts Neues, wenn es konstatiert, dass das Kabinett Brüning-Schiele mit seinen agrarpolitischen Massnahmen eine neue Teuerungswelle ausgelöst, die Angleichung des Preisniveaus an das Einkommen gehemmt und die Wirtschaftskrise verschärft hat. So sieht die grosse Rettungsaktion der Brüning-Schiele und Konsorten von der anderen Seite aus.

Für die Liquidierung der fürchterlichen Krise kommt nach Auffassung des Konjunkturforschungsinstituts in erster Linie der Zufluss von Auslandskapital in Frage. Voraussetzung dafür sei aber, dass das Ausland wieder Vertrauen zu Deutschland gewinnt. Das sei möglich durch eine grosszügige Finanzreform, die die jetzt an der Regierung beteiligten Parteien gegen den Willen der Sozialdemokratie schon seit dem Frühjahr 1929 verhindert haben. Ein Aufschub in der Versorgung Deutschlands mit Auslandskapital kann nach dem Konjunkturforschungsinstitut durch "innerpolitische Schwierigkeiten" eintreten. Hier berührt sich Wirtschaftsentwicklung mit der politischen Entwicklung. Hier hat der Wähler die Möglichkeit, in die Wirtschaftsentwicklung einzugreifen, indem es eine gradlinige politische Entwicklung in Deutschland dadurch ermöglicht, dass es eine stark Sozialdemokratie in den Reichstag schickt.

SPD. Die Verhältnisse am Berliner Produktenmarkt haben sich am Donnerstag (vergleiche den Marktbericht des SPD.Red.) krisenhaft zugespitzt, so dass diejenigen nicht Unrecht haben dürften, die bereits für die nächste Zeit einen regelrechten Kladderadatsch erwarten. Durch die ganze Entwicklung ist grösste Unruhe besonders in die Landwirtschaft getragen worden, Das sind die Früchte des Schiele'schen Wahlmanövers.

Die Roggenstützung sollte den Zweck verfolgen, den Roggenmarkt durch Aufnahme von Ernteüberschüssen zu entlasten. Angesichts des tiefliegenden Roggenpreises war die Roggenstützung auch durchaus zu vertreten. So lagen die Dinge, als Schiele des Reichsernährungsministeriums übernahm. Je näher die Wahlen heranrückten, desto mehr zeigte sich, dass die ganze Stützungsaktion darauf abgestellt wurde, die Roggenpreise und mit ihnen auch die Weizenpreise auf jeden Fall zu treiben. Schiele benutzte dazu einen neuen Kredit von 30 Millionen Mark. Um die Treibereien richtig zu durchschauen, muss man die verschiedene Entwicklung zwischen den Preisen für Roggen ab märkischer Station und den Preisen für Roggen waggonfrei bzw. kahnfrei Berlin gegenüberstellen. Dabei ist zu beachten, dass naturgemäss der Preis waggon- bzw. kahnfrei Berlin um die Fracht höher liegen muss. Es ergibt sich für die letzten Wochen folgende Entwicklung:

	<u>Ab märkischer Station</u>	<u>Waggon- bzw. kahnfrei Berlin</u>
	(Roggenpreis pro Tonne in Mark)	
14. August 1930	161	168
18. August 1930	166	172
23. August 1930	173	176
26. August 1930	177	178
27. August 1930	179	178
29. August 1930	183	182,50
30. August 1930	185	182,50
4. Septbr. 1930	187	184.

Die Frachtdifferenz zwischen den Berliner Preisen und den Preisen ab märkischer Station ist allmählich geschwunden. Dann sank der Berliner Preis, der um die Fracht treurer sein müsste, unter den Preis ab märkischer Station. Die Verhältnisse sind geradezu auf den Kopf gestellt, sodass es sich für den Besitzer von Roggen, der in Berlin lagert, geradezu lohnt, seinen Roggen nach irgendeiner märkischen Station zu transportieren, wo er den weit höheren Stützungspreis erhält.

Man merkt allzu sehr die Absicht des Reichsernährungsministers. Die Schiele'sche Preisstützung ist ein Wahlmanöver übelster Sorte. Vorläufig hat es damit eine völlige Desorganisierung des Produktenmarktes erreicht. Die Landwirtschaft dürfte die sinnlosen Treibereien des Roggenpreises ab märkischer Station durch stärkste Preiseinbussen in der nächsten Zeit bezahlen. Aus Furcht davor kann man sich auch nur das starke Angebot erklären, das seit einigen Tagen (besonders am Donnerstag) festzustellen ist. Herr Schiele kann vielleicht die Preiseinbussen bis zu den Wahlen durch neue Reichsgelder aufhalten. Wir erheben über die Frage, wie der Reichsfinanzminister eine solche Vergeudung von Reichsgeldern, die jeden wirtschaftlichen Sinn eingebüsst hat und völlig parteipolitisch eingestellt ist, verantworten will?

SPD. Der Konsumverein Berlin erzielte für den Monat August einen Umsatz von 6,694 Millionen Mark. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 4,3 %. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Monat August in diesem Jahr einen Verkaufstag weniger hatte als im vorigen Jahr. Die Lebensmittelabgabestellen erhöhten ihren Umsatz um 1%, die Fleischabgabestellen um 49 %. Die Warenhausgruppe zeigt wertmässig einen Umsatzrückgang; mengenmässig dürfte aber ein Ausfall kaum zu verzeichnen sein. Auf das Mitglied entfällt für August

1930 ein Umsatz von 34,42 gegenüber 36,11 Mark im Vorjahr.

Der Zustrom von neuen Mitgliedern hat angehalten. So erhöhte sich im Monat August die Zahl der Mitglieder um 3 000 auf 194 452. Die Sparkasse konnte ihre Einlagen um 349 000 auf 47,089 Millionen Mark erhöhen.

SPD. Die städtischen Verwaltungskosten New Yorks sind im Laufe des letzten Jahrzehnts um 128 % gestiegen, obgleich die Bevölkerungszahl in demselben Zeitraume nur um 23 % zugenommen hat. Während das städtische Budget im Jahre 1920 = 263,3 Millionen Dollar betrug, war es im Jahre 1930 auf die ungeheure Summe von 269,7 Millionen angestiegen; wie sich aus den provisorischen Vorschlägen für das Fiskaljahr 1931 ergibt, wird mit einem Gesamtbudget von weit über 600 Millionen Dollar zu rechnen sein. Die durchschnittlichen Kosten pro Kopf der 7 Millionen New Yorker Einwohner belaufen sich im Jahre auf 97,43 Dollar und sind in den letzten Jahren auch ziffernmässig trotz der gesteigerten Kaufkraft des Dollars beträchtlich gewachsen. Die neuen Budgetanforderungen sollen durch eine erhöhte Grundbesitzsteuer aufgebracht werden, obgleich in Kreisen der Bodenbesitzer geltend gemacht wird, dass der Grundbesitz bereits übersteuert ist. Im Gegensatz dazu betonen führende New Yorker Bankiers, dass die Einnahmen aus der Grundbesitzsteuer bei dem ungeheuren Wert des New Yorker Bodens erst zum geringsten Teile aufgeschlossen sind. Kaum 10 % des New Yorker Grundbesitzes sei mit seinem richtigen Werte versteuert.

SPD. Das Deutsche Kalisyndikat teilt mir: "Die Abladungen der zum Deutschen Kalisyndikat gehörenden Kaliwerke im August 1930 betragen 987 223 dz Reinkali gegen 954 200 dz Reinkali im gleichen Monat des Vorjahres. Die Abladungen in den ersten vier Monaten (Mai 1930 bis August 1930) des laufenden Düngjahres betragen 3 657 061 dz Reinkali gegen 3 596 816 dz Reinkali in den ersten vier Monaten des Düngjahres 1929/30. In den ersten acht Monaten des laufenden Kalenderjahres wurden von den Kaliwerken insgesamt 10 218 119 dz Reinkali gegen 10 145 267 dz Reinkali in der gleichen Zeit des Vorjahres versandt. In diesen Zahlen sind die Abladungen der Kaliwerke für die Exportländer des Syndikats mit enthalten.

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen unverändert je Liter frei Berlin: für A-Milch für die Zeit vom 5. bis 11. September 18 Pfennige, für B-Milch 11 Pfennige, für C-Milch 13 Pfennige. Die A-Milchmenge ist auf 100 % des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt. Zur Zeit beträgt der Zuschlag für a) tiefgekühlte Milch 0,5 Pfennige, b) molkereimässig bearbeitete Milch $1\frac{1}{2}$ Pfennige je Liter.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,60 bis 1,90, Odenwälder Blaue 1,70 - 2 M., Gelbfleischige 2,50 - 2,80 M. In Berlin sehr geringe Nachfrage.

Stützungsstelle in Nöten.

(Berliner Getreidebörse vom 4. September)

SPD. Das riesige Angebot an inländischem Weizen und Roggen hielt an der Berliner Produktenbörse auch am Donnerstag an. Die Stützungsstelle war gezwungen, gewaltige Mengen aufzunehmen, um die Kurse zu halten; jedoch gelang ihr dies nur beim Roggen, während Weizen am Markte der Zeitgeschäfte 1 bis 2 Mark verlor. Die Abgeber waren daher auch geneigt, Weizen unter dem Stützungskurse an Mühlen und Händler abzugeben. Auch in effektivem Getreide war das Angebot an beiden Brotgetreidearten weiter sehr umfangreich. Die Aufnahme durch die Stützungsstelle erfolgte zu unveränderten Kursen, während das sonstige Geschäft soweit man von einem solchen überhaupt reden kann, sich sehr irregulär gestaltete. Am Mehlmarkt war die Umsatztätigkeit in Weizenmehl fast völlig zum Erliegen gekommen, obwohl die Forderungen der Mühlen um 50 Pfennig ermässigt waren. Für Roggenmehl in den billigeren Marken zeigte sich wohl grösseres Interesse; jedoch kamen auch hier nicht allzuvielen Geschäfte zustande, weil man sich zumeist über den Preis nicht einigen konnte, Am Hafermarkt hatte sich nichts geändert.

	<u>3. September</u>	<u>4. September</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	248 - 253	248 - 253
Roggen	187	187
Braugerste	204 - 222	204 - 222
Futter- und Industriergerste	183 - 198	183 - 196
Hafer	178 - 191	176 - 189
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	28,75 - 36,75	28,75 - 36,75
Roggenmehl	25,75 - 28,00	25,65 - 28,00
Weizenkleie	9,25 - 9,50	9,15 - 9,40
Roggenkleie	8,50 - 8,90	8,40 - 8,80

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 256, Oktober 257, Dezember 265, März 277. Roggen September 189, Oktober 190, Dezember 198, März 210. Hafer September 168, Oktober 170 Brief, Dezember 178 $\frac{1}{2}$ -178. März 188 $\frac{1}{2}$,

Amtliche Eiernotierungen.

(4. September)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-eier, vollfrische, gestempelte, über 65 Gramm 12 $\frac{1}{2}$, 60 gr 12, 53 gr 11 $\frac{1}{2}$, 48 gr 10 $\frac{1}{2}$; frische Eier über 60 gr 11 $\frac{1}{2}$, 53 gr 10 $\frac{1}{2}$; aussortierte kleine und Schmutz-eier 7 $\frac{1}{2}$. Auslandseier: Dänen 18er 12 $\frac{1}{4}$, 17er 12, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 11 $\frac{1}{2}$, Schweden 18er 12 $\frac{1}{4}$, 17er 12, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 11 $\frac{1}{2}$, Estländer 17er 11 $\frac{1}{2}$ 11 $\frac{1}{2}$, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 10 $\frac{3}{4}$ -11; Holländer 68 gr 12 $\frac{1}{2}$, 60-62 gr 11 $\frac{1}{2}$ -12 $\frac{1}{4}$, Bulgaren 10, Rumänen 9 $\frac{1}{4}$, Ungarn 9 $\frac{1}{4}$ -9 $\frac{1}{2}$, Jugoslawen 9 $\frac{1}{4}$ -9 $\frac{1}{2}$, Polen normale 8 $\frac{1}{4}$ -8 $\frac{3}{4}$, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6 $\frac{1}{4}$ -7 $\frac{1}{4}$. Witterung: kühl, Tendenz: freundlicher.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 4. September: I. 136 Mark, II. 124 Mark, III. 108 Mark je Zentner. Tendenz: leicht befestigt.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 65

Berlin, den 4. September 1930

Die Frauen wählen...^x

SPD. Die Reichstagswahlen am 14. September fallen in eine Zeit grösster wirtschaftlicher Not. Arbeitslosigkeit, Sorge vor drohendem Abbau, vor Kurzarbeit, vor weiteren Lohnabzügen lasten auf den breiten Massen des Volkes. Die Frauen fühlen dieses Elend besonders hart und schmerzlich, weil sie nur in seltenen Fällen die Möglichkeit besitzen, ihm durch eigene gut bezahlte Arbeit zu steuern. Denn immer noch ist der Widerstand, der der Frau im Erwerbsleben entgegengebracht wird, gross genug, um ihr die gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit zu verweigern. Seit Jahrzehnten kämpft die Sozialdemokratie für dieses Ziel, aber es bedarf einer weit intensiveren Mitarbeit gerade der Frauen in Gewerkschaft und Partei, bis dieses Ziel auch in der Praxis erreicht werden kann.

Leider wirkt sich diese wirtschaftliche Not, die Sorge und Unsicherheit des täglichen Lebens auf viele Frauen in einer Art aus, die ihr Los nicht verbessert sondern nur noch verschlimmern muss. Sie lesen die grossen Versprechungen der radikalen Parteien auf der äussersten Rechten und Linken und hoffen, dass ein vollkommener Umschwung ihrer Lage eintreten müsste, wenn sie diesmal radikal wählen. Sie hoffen, dass von einem gewaltsamen Umsturz, der die heutige Gesellschaftsordnung zu zerstören versucht, eine durchgreifende Besserung der Arbeits- und Lebensbedingungen eintreten müsse. Allerdings würde ein Blick auf Russland genügen, um diese Hoffnung in nichts zerfliessen zu lassen, denn der russische Arbeiter lebt heute, über ein Jahrzehnt nach dem blutigen Umsturz, ärmlischer, schlechter, in ungenügenderen Wohnungen und unter weit schlimmeren Arbeitsbedingungen als der deutsche. Denn Jahre und Jahrzehnte dauert es, bis die Werte, die ein gewaltsamer Umsturz zerstört, wieder aufgebaut sind, bis die dunklen Elemente, die gerade dann im Trüben fischen, ausgemerzt sind. Die Todesurteile, die das "humane, soziale Russland" Tag um Tag vollstreckt, sprechen eine deutlichere Sprache als kommunistische Minifeste.

Andere Frauen, die durch die tägliche Sorge und den Kampf um ein einigermaßen auskömmliches Leben ermüdet und zermürbt sind, haben überhaupt kein Vertrauen mehr zu einer Partei und sind deshalb entschlossen, am 14. September gar nicht zur Wahl zu gehen. Es sind vor allem Hausfrauen und Mütter, die von dieser Wahlmüdigkeit befallen werden, weit weniger Angestellte und Arbeiterinnen, die Tag um Tag, Stunde um Stunde den gewaltigen Kampf zwischen Reaktion und Sozialismus mit erleben, ihn am eigenen Körper spüren müssen und deshalb auch von dem Rechte freudig Gebrauch machen, der Partei, die seit einem halben Jahrhundert Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für sie erkämpfte, der Sozialdemokratie, ihre Stimme zu geben. Und doch steht gerade die Mutter in einem besonders innigen Verhältnis zur Sozialdemokratie. Denn zu einer Zeit, als sonst noch niemand daran dachte, die werdende Mutter vor Gefahr, vor Not, vor Entbehrungen zu schützen, haben Frauen und Männer der Sozialdemokratie sich der Schutzlosen angenommen, haben Sozialdemokraten in den Parlamenten dafür gewirkt, dass auch die Öffentlichkeit nicht länger an den Problemen des Mutterschutzes vorbeigehen konnte. Wenn die unbeliche Mutter heute nicht mehr ausgestossen ist aus der Gesellschaft, wie früher, wenn sie nicht mehr als Mensch zweiter Klasse betrachtet werden darf, wenn es in Staat und Gemeinden Deutschlands, ja, weit dar-

über hinaus, in vielen Ländern Europas einen staatlich anerkannten Mutterschutz gibt, der Wochen- und Stillgelder, Beihilfen, freie ärztliche Behandlung und Hebammenhilfe vorsieht, so ist dies einzig und allein das Verdienst der grossen geistigen Bewegung, die heute die ganze Welt umspannt: des internationalen Sozialismus. Und wenn sich heute namhafte Aerzte aus allen Schichten für die Beseitigung des § 218 einsetzen, wenn sie dafür eintreten, dass auch die Proletarierin das Recht hat, als verantwortungsbewusster Mensch die Zahl der Kinder, die sie gebären will, nach eigenem Wunsch und Gewissen zu bestimmen, so nur deshalb, weil die Sozialdemokratie in jahrelanger, schwerer Arbeit den Boden dafür bereitete, dass Gedanken dieser Art sich durchsetzen konnten.

In den Händen der Frauen und Mütter liegt es, ob sich diese jahrzehntelange Arbeit, die oft unter Gefahren, unter Entbehrungen und Sorgen um das Los ihrer Familien durchgeführt wurde - denn sich zum Sozialismus zu bekennen, war nicht nur zur Zeit des Sozialistengesetzes ein Wagnis für den vom Unternehmer abhängigen Proletarier - auch weiterhin durchsetzen kann. Schon hat die Regierung Brüning versucht, eine Bresche in dieses Werk von Jahrzehnten zu schlagen, indem sie die Wochengelder, für deren Erhöhung die Sozialdemokratie kämpfte, herabsetzte, ganz abgesehen von den anderen schweren pekuniären Einbüssen, die das arbeitende Volk tragen muss, wenn wir nicht nachdrücklich und mit einer ganz anderen Kraft und Anzahl wie bisher Partei und Gewerkschaften in ihrem Kampf unterstützen.

Die Republik hat den Frauen und Müttern Gelegenheit gegeben, diesen Staat mit nach ihrem Willen zu gestalten. Durch Abgabe ihrer Stimme hat jede wahlpflichtige Frau die Möglichkeit, nicht nur diesen Staat der Gegenwart, sondern auch das Land, in dem ihre Kinder einst schaffen und wirken sollen, ihrem Ideenkreis, dem Ideenkreis des Sozialismus entsprechend, zu formen. Wenn sie von dem heissen Wunsche durchdrungen ist, dass ihre Kinder in einen wahrhaft sozialen Staat hineinwachsen mögen, so genügt es nicht, die Kinder in diesem Sinne zu erziehen. Von gleicher Bedeutung wie die Erziehungsarbeit ist die Wahlpflicht jeder schaffenden Frau. Der grosse Kampf zwischen Reaktion und Sozialismus wird im Parlament ausgefochten! In der Hand der Frauen und Mütter liegt es, durch Abgabe ihrer Stimme für die Sozialdemokratie am 14. September den Boden zu bereiten, auf dem die Saat des Sozialismus aufgehen, und auf dem ein festes Staatsgefüge, wie wir es erstreben, eine soziale Republik, aufgebaut werden kann!

Else Möbus.

Die Dame mit Eispickel und Edelweiss.^x

SPD. Ein Auto bringt sie in zweistündiger Fahrt auf der neugebauten Strasse von Lienz a.d. Draun nach dem 2143 Meter hoch gelegenen Glocknerhause. Sie trägt elegante Hochtouristenkleidung. Die schwerbenagelten Schuhe findet sie zwar nicht schön; sie gehören aber nun einmal zur Bergmode, wie im Flachlande die hauchdünnen Strümpfe zur Wintermode gehören. Den Eispickel findet sie zwar auch etwas schwerer und umständlicher als den üblichen Sonnenschirm, aber die Mode hat Madame schon zu einen geduldigen Träger erzogen. Sie weiss ja auch, dass ihr der Portier des Glocknerhauses die Last gleich bei ihrer Ankunft bereitwillig abnehmen wird.

Am folgenden Morgen, nach Einnahme eines kräftigen Frühstücks, beobachtet sie durch das den Gästen zur Verfügung gestellte Riesenfernrohr, wie sich die Bergsteiger vorsichtig über den spaltenreichen Gletscher arbeiten, um dann die 3798 Meter hohe Spitze des Grossglockner zu erklettern. Das findet sie hochinteressant. Kinofilme werden ihr Wirklichkeit. Sie vermisst nur die beglei-

tende Musik und vor allem die waghalsigen Sprünge und atemraubenden Abstürze, die ihr so oft im Film gezeigt wurden. Leise hofft sie, auch dies einmal in Wirklichkeit miterleben zu können. Es kommt aber nichts derartiges. Vor allem mein sie, dieser Naturfilm drehe sich zu langsam. Allmählich wird ihr die Sache langweilig. Sie bestellt sich beim Ober ein Pferd. Hoch zu Ross, mit dem Eispickel in der Hand, begibt sie sich nun auf das 300 Meter höher gelegene Franz Josef-Haus. Ein Hoteldiener führt das Pferd. Ihr braver Herr Gemahl, der auch nicht recht weiss, was er mit seinem Eispickel anfangen soll, muss hinter dem Pferde gehen, denn der Pfad ist zu schmal. Eine Stunde später steht sie vor dem 10 Kilometer langen Gletscher, dem grössten der Ostalpen. An ihm prüft sie ihren neuen Eispickel. Dann wird wieder hoch zu Ross die Heimreise angetreten. Es war eine ganz interessante Hochtour für den ersten Tag, bis ganz heran an den Rand eines Riesengletschers.

Am nächsten Tage wird ein Ueberstieg über die 2665 Meter hohe Pfandscharte ins Ferleital gewagt. Der Ueberstieg ist für berggewohnte Touristen leicht; allerdings für Madame ist er schwer und gefährvoll, denn Auto und Pferd versagen hier. Sie hält ihn sogar für sehr gefährvoll. Es könnte doch auf der fünfständigen Wanderung bis zum ersten jenseitigen Gasthof regnen oder schneien; sogar ein Nebel könnte hereinbrechen; dann ist es schon besser: man hat einen Führer bei sich. Ueberdies hilft der ja auch den Rucksack tragen.

Morgens ist Madame schon früh auf. Der Führer muss allerdings noch ein Stündchen warten, bis sie mit ihrer Toilette fertig ist. Aber punkt neun Uhr ist sie zum Aufbruch bereit. Der Führer bringt ein Seil und noch einen dritten Eispickel mit. Langsam geht es den steilen Rasenabhang hinauf. Neuschnee erschwert den Anstieg. Es wird oft gerastet. Der Berg will und will kein Ende nehmen. Endlich sind sie bei dem grossen geschlossenen Schneefeld angelangt. Es ist zwar ganz harmlos, aber der Führer erzählt Madame und ihrem Gatten gruselige Geschichten von seinen Gefahren: wie sich Menschen im Nebel verirrt haben und erst spät in der Nacht vollständig erschöpft aufgefunden wurden; wie andere in wenigen Minuten von einem Schneesturm begraben und erst im folgenden Jahre aufgefunden wurden; wie eine ganze Gruppe in eine der trügerischen Gletscherspalten fiel, aus der sie nie wieder herausfand. Nach all diesen Erzählungen ist Madame vollständig überzeugt, dass sie sehr klug gehandelt hat, als sie sich einen Führer nahm.

Der erst vor zwei Tagen gefallene Schnee trägt noch schlecht, und Madame versteht es nicht, leicht aufzutreten. Dazu kommt noch ihr nicht geringes Gewicht. Bis an die Hüften sinkt sie dann und wann ein, und jedes Mal gibt sie einen fürchterlichen Schrei von sich, als läge sie schon in einem tiefen Gletscherspalt. Dann folgt ein Gewürge, bis sie wieder auf Schnee kommt. Jedes Mal ist ihr der Eispickel im Wege. Der Führer möchte gern Madame anseilen, um zu beweisen, wie nötig es ist, einen Führer mitzunehmen. Er geniert sich jedoch vor uns, die wir sorglos und lustig, nur mit guten Spazierstöcken ausgerüstet, hinter ihm herkommen. Dann und wann bleibt der Zug stehen; da muss der Führer Madame auf dem ewigen, von mächtigen kahlen Bergen umgebenen Schneefeld knipsen. Das gibt Beweisstücke ihrer Kühnheit. Uns macht die Komödie Spass. Wir verlangsam unser Tempo, sodass wir immer hinter ihnen bleiben können.

An der Scharte angelangt, will Madame ausruhen. Wir tun das Gleiche. Die Scharte ist eis- und schneefrei, und es muss sich wohl erst der halbe Berg lösen, ehe rollende Steine bis hierher kommen. Der Führer erzählt aber wieder Mordgeschichten von Steinschlag und ersucht Madame, sich nicht auf solch einer gefährlichen Stelle aufzuhalten. Schnell zeigt er ihr noch in der Tiefe einige sich bewegende Punkte. Eine ganze Herde Gemen! Bevor Madame ihren Feldstecher aufsetzen kann, sind sie verschwunden. In Wirklichkeit war es eine Herde Ziegen, die, ihrer wasserscheuen Natur entsprechend, schon bei den ersten Regentropfen von Stein zu Stein springend ihre Schutzhütten aufsuchen; denn um diese Tageszeit lassen sich keine Gemen blicken. Die Täuschung ist belanglos. Madame ist

nun fest überzeugt, dass sie bei hellerlichem Tage eine ganze Herde Gamsen gesehen hat. Wie wunderbar!

Uns wird das Theater zu bunt. Wir überholen die drei. Wir wollen dem Führer nicht hinderlich sein, falls er Madame noch weitere gruselige Geschichten und gern gehörte Märchen erzählen will.

Am folgenden Tage treffen wir Madame in dem vornehmen Badeorte Zell am See. Stolz entsteigt sie dem soeben angekommenen Auto. Ihr Sportkostüm ist das Neueste auf diesem Gebiete. In ihrer Hand trägt sie, mit einem hellblauen Seidenbändchen zierlich zusammengehalten, ein Sträusschen Edelweiss. Frisch gepflückt. Alles nur auserlesene schöne Stücke. Der Wagenführer ist ihr behilflich. Erst mit dem Koffer, in dem sich die schwerbenagelten Schuhe befinden, dann mit dem Regenschirm und dem vernickelten Eispickel. Leider stellt die rückständige Industrie noch keine versilberten Eispickel her. Auf der gegenüberliegenden Strassenseite hält ein anderes Auto, das Madame zur Drahtseilbahn bringt. Eine Stunde später ist sie bereits auf der 1968 Meter hohen Schmittenhöhe. Auch von dieser Hochtour mit einem Sträusschen frischgepflücktem Edelweiss heimzukehren, fällt Madame nicht schwer. Ein alter Mann bringt ihr gern aus seinem droben in einem touristensicheren Winkel angelegten Edelweissgarten ein Sträusschen, und wenn Madame gut zahlt, bekommt sie nur auserlesene schöne Sterne, die in ihrem Kaffeekränzchen daheim sicherlich grosse Bewunderung finden werden.

E.Thm.

Karten, Kaffeesatz und Glaskugel. X

SPD. Jemand hat einmal das kluge Wort gesagt: "Es gibt keine Dummheit der Weltgeschichte, die nicht immer wieder gemacht würde." Die Geschichte der menschlichen Dummheit gibt ihm tausendmal recht. Unsere Zeit, die es so herrlich weit gebracht hat, macht darin wirklich keine Ausnahme. Wenn wir die Menschen des Mittelalters bedauernd belächeln, weil sie in jedem Muttermal ein Hexenzeichen sahen, dann wollen wir nicht vergessen, auch unsere Zeitgenossen zu bedauern. Der Aberglauben unsrer Zeit ist nicht viel geringer als vor 500 Jahren. Die Zahl 13, der schwarze Pudel, die Katze am Morgen und die Spinne am Abend spuken auch noch im 20. Jahrhundert im Hirn des Europäers. "Ja, du lieber Gott, man ist ja schliesslich aufgeklärt, aber, wissen Sie, so ganz ohne... mir ist da neulich etwas passiert... es gibt mehr Dinge zwischen Himmel und Erde...."

Besser ist besser. Die vielen Tausende, die gläubig zur Kartenschlägerin gehen, wissen sehr gut ein Telefon zu bedienen und wundern sich gar nicht darüber, wenn ihnen morgen der Bildfunk den "Lohengrin" aus dem Opernhaus überträgt. Was sie jedoch zur modernen Wahrsagerin treibt, ist die Sehnsucht, die Quellen des Glückes, die noch irgendwo im Verborgenen unaufgedeckt sind, recht bald erschlossen zu sehen. Das Leben ist kurz, und wenn die Karten auch nur ein Quäntchen dazu beitragen, verborgene Glücksmöglichkeiten in den Bereich der Möglichkeit zu schaffen... warum auch nicht! Jeder ist ja so hungrig nach diesem bisschen Lebensglück. Nicht nur der Arbeiter, der kleine Handwerker und Angestellte nein, auch die Leute, die im Frühjahr an die Riviera fahren und den Sommer in der Schweiz verbringen, wollen noch mehr ausgeschüttet haben aus dem Füllhorn der Fortunas. Sie alle gehen - dass sie von niemandem gesehen werden - in der Abenddämmerung zur Kartenlegerin.

Die Kartenlegerkunst ist eine alte "Wissenschaft". Schon vor zweihundert Jahren erschien in Leipzig ein Buch "Anleitung zu den kuriosen Wissenschaften" in dem die Kunst des Kartenlegens gelehrt wird. Madame, die Kartenlegerin, lässt ihre Kunden - nicht immer gehören sie allein dem weiblichen Geschlecht an - die Karten dreimal abheben und wieder zusammenlegen. Dann nimmt sie die Karten

einzelnen herunter, wobei sie mit geheimnisvollem Flüsterton von Sieben anfängt, die Karten bis zum Ass zu zählen. Wenn die abgedeckte Karte mit der gezählten zusammentrifft, so wird diese auf die Seite gelegt. So geht es noch zweimal. Nun liegen drei Karten nebeneinander. Jetzt geht der Blick in die Zukunft. Die "Anleitung in die kuriosen Wissenschaften" gibt uns die Fingerzeige. Rot ist Liebe und Eheglück, Eichel ist Geschäftserfolg, Grün ist Unglück, Schellen bedeutet Vorsicht vor bösen Widersachern. Dann die Personen: König bedeutet einflussreiche Leute, Ober heisst unbedeutende ältere Persönlichkeiten, Buben junge Männer, Acht sind junge Mädchen, Neun sind Witwen, Zehn sind ältere Damen. Eine rote Acht bedeutet für den jungen Klienten baldiges Liebesglück. Grüner König heisst: eine hohe Persönlichkeit bringt Unglück; roter König kündigt: eine einflussreiche Persönlichkeit hat nichts gegen eine glückliche Heirat einzuwenden usw.

Ein feineres Handwerkszeug ist der Kaffeersatz. Die weisse Frau schüttet auf eine Untertasse ein bisschen fein gemahlten Kaffeersatz, der mit etwas Wasser gemischt ist. Der Besucher bläst dreimal kräftig in das Gemisch. Dadurch entstehen seltsame Linien und Figuren. Wenn die Linien auseinanderstreben, ist baldiges Glück zu erwarten; das Gegenteil, wenn sich geschlossene Linien bilden.

Die vornehmste und bestbezahlte Vertreterin dieses einträglichen Berufszweiges aber ist die Kristallomantin. Sie sitzt in einem geheimnisvollen, düsteren Kabinett und betrachtet durch eine Kristallkugel mit sorgenvollem Gesicht ihren Besucher. Nach Minuten unheimlichen Schweigens, während dem Wahrheitssucher die Schauer mystischer Urangst über den Rücken säuseln, kommt der Spruch: "Dunkle Kräfte sind am Werke, ein grosses Glück, das Sie beinahe in Händen haben, zu zerstören. Wenn es Ihnen gelingt, durch einen geschickten Gegenzug die Kraft, die Ihnen Böses will, zu vernichten, wird das Glück strahlend zu Ihnen kommen. Nicht alles, was Sie unternehmen, wird Ihnen gelingen. Wenn Sie aber standhaft bleiben, können Sie auch über das Ungemach trotzen... Für meine Bemühungen habe ich zehn Mark zu beanspruchen. Die Kasse ist links im Zimmer nebenan." - Die klare Glaskugel hat gesprochen.

Man braucht nicht erst zu Wahrsagerinnen zu gehen, um ein Geheimnis zu erfahren. Draussen auf dem Lande liegen diese Dinge viel offener und klarer. Da ist man in weiten Volkskreisen noch davon überzeugt, dass es Hexen gibt, böse Frauen, die sich nachts in Katzen verwandeln und die Kuh krank machen, die Kinder behexen und alles Ungemach, das erdenkbar ist, über Haus und Hof bringen. Die moderneren Hexenprozesse, die da und dort die Gerichte beschäftigen, offenbaren nur einen kleinen Teil dessen, was an Hexenglauben im Volke steckt.

Es gibt aber auch noch Kräfte, die vor diesen bösen Hexen schützen. Wer sein Kind vor diesen Satansweibern bewahren will, der legt zu unterst in die Wiege kreuzweise eine Schere. Das Kreuz ist überhaupt das Zeichen, das alle Hexen verscheucht. Ueber den Brotteig zieht man drei Kreuze; dann gelingt es der Hexe nicht, das Brot beim Backen festsitzen zu lassen. Schweine, die nicht fressen, sind verhext. Wenn man diese Befürchtung hat, gehe man rückwärts in den Stall, schlage ein Brotmesser in Form einer Kreuzes dreimal über den Trog und die Schweine fressen wieder.

Ganze Dörfer sind schon durch den Hexenberglauben bis in den untersten Grund aufgewühlt worden. Alte Frauen, vielleicht noch mit einem körperlichen Gebrechen behaftet, werden jahrelang gequält und verfolgt, und der Hexenbanner geht ein und aus. Damit die Hexerei nicht ausgeht, wird ein bisschen "Vorsehung" gespielt. Es ist nicht alzu schwer, durch ein unauffälliges Streichen am Bauch entlang einem Kalb den Nabel einzudrücken, dass es verendet. Und eine Nadel, geschickt mit einem Kohlblatt einer Kuh gereicht, bewirkt deren sicheren Tod. Ein Pferd zu verhexten, ist eine Kleinigkeit: Man schmiert Iltisfett auf die Deichsel, und das Pferd wird rabiat.

Aufklärung kann hier gewiss viel helfen. Aber die Trägheit des Geistes

ist nicht leicht wachzurütteln. Ist es nicht bequemer, wenn die Kuh krank wird, die Schuld auf die böse Hexe abzuschieben, als sich die eigene Unfähigkeit einzugestehen? Und ist es nicht verlockender, von der Wahrsagerin zu hören, dass bald das Glück kommt, als ewig die Zukunft grau in grau sehen zu müssen?

Albert Ansmann.

Schlamperei das...^x

SPD. Auf dem Fahrdamm steht ein Kind und weint. Sein kleiner Körper schüttelt sich. Unter den Fäusten, die vor die Augen gedrückt sind, kugeln helle Tränen hervor und bleiben auf dem Kleidchen hängen. Die Sonne spiegelt sich darin wie in Brillanten.

Auf den Bürgersteigen stauen sich die Menschen. Der Börsenmann, die letzte Notierungen in Gedanken, bleibt lächelnd stehen. Der Reisende nimmt das Risiko einer Zugverspätung auf sich. Der Kassendiener unterbricht seinen Botengang. Frauen, die vom Markte kommen, stellen ihre Last neben sich. Sie staunen das Wunder an: Ein Kind weint auf der Strasse.

Autos bremsen kreischend ab, wenn das Kind vor ihnen auftaucht. Und fahren vorsichtig im Bogen weiter. Was sonst in langwierigen Verwaltungssitzungen mühsam zustande kommt, die Schaffung einer Verkehrsinsel, das hat das Kind ohne viel Aufhebens durch sein blosses Dasein erreicht. Kein Chauffeur schüttelt fluchend mit den Fäusten wegen dieser Verkehrsstörung. Jeder hat jenes leise verstehende Lächeln auf dem Gesicht, das einem Kinde alles verzeiht.

Das Kind, das einsam auf der Strasse weint, ist wie eine Botschaft aus einem fernen Lande. Nicht nur aus dem Kinderlande, das so weit fernab liegt. Es ist mehr: hier grüsst das verlorene Menschenland. Wo sonst auf der Apshaltstrasse der Verkehr gilt, das Auto, die Strassenordnung, die Polizei, der ruhelose Grosstadtmensch mit seiner wichtigtuenden Zweckhaftigkeit, da hat ein Mensch die Herrschaft angetreten. Ein Mensch noch dazu, der -naiv und ohne Erfahrung - das Menschlichste tut, vor aller Welt seinen Schmerz preisgibt.

Endlich kommt ein Schupomann. "Hat lange auf sich warten lassen", beschwer sich einer. Der Uniformierte beugt sich zu dem Kinde hinab, nimmt es auf den Arm und trägt es auf den schützenden Bürgersteig. Man klatscht ihm Beifall wie einer beliebten Schauspielerin.

Nur ein dicker Herr hat alles nicht begriffen. Im Fortgehen noch raisonnier: "Kleine Kinder ohne Aufsicht auf die Strasse gehen zu lassen. Schlamperei das..."

Luise Baumann.

SPD. Es ist schon lange her...^x "Vater, hilf mir bei meiner Rechenaufgabe! - Ein Maler bekommt eine Mark neunzig pro Tag....."
"Das klingt eher nach alter Geschichte als nach Rechnen."

SPD. Die Moral von der Geschichte!^x Der Lehrer erzählt Lafontaines Fabel vom Wolf und vom Lamm. Er schliesst seine Darstellung mit der lehrhaften Bemerkung: "Wenn das Lamm brav gewesen wäre, hätte der Wolf es nicht gefressen."

"Nein", ruft Lotte, "dann hätten wir es geschlachtet."

Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

23. Tag. V. Klasse. - Vormittagsziehung vom 4. September.

4 Gewinne zu je 5 000 Mk.	170720	368162				
6 Gewinne zu je 3 000 Mk.	21523	121340	232457			
16 Gewinne zu je 2 000 Mk.	101138	120280	208421	234717	302490	334144
	336029	359609				
20 Gewinne zu je 1 000 Mk.	19804	91024	161655	178734	194037	246792
	314424	317153	319601	368686		
78 Gewinne zu je 500 Mk.	51614	62147	64380	98118	103371	104717
	116738	123920	141786	143363	144462	160499
	165542	169988	170110	170982	200881	201603
	203633	204631	218336	223015	231431	243594
	266965	269119	272882	288154	293379	308139
	316181	327365	332789	349976	363753	369642
	376752	377308	392178			
272 Gewinne zu je 300 Mk.	15004	15993	20150	23938	25652	25886
	27294	31517	32026	33195	34241	35074
	42469	45442	46107	46259	47612	48215
	49598	53559	53922	62912	67179	75664
	77966	81314	81659	83206	84170	85444
	92291	94206	96986	97989	99337	101453
	103116	103725	103921	105370	107090	110230
	111169	114224	114395	115776	115931	115994
	117719	118526	120020	122319	124844	126306
	132966	134799	136131	137216	142969	146183
	147006	152484	155834	156961	160447	162821
	177972	191359	193763	194688	200383	206494
	206794	210785	213643	216624	217475	222476
	223890	224961	226168	226985	229146	229312
	230088	234865	235266	237552	238933	247912
	249038	251952	258696	260516	268603	271684
	277129	283588	284084	286594	287423	291700
	292199	299091	304173	304703	307419	313429
	315720	318077	320215	321366	322692	330069
	338890	339881	343648	344598	346901	349788
	350440	351092	351921	353688	359469	362242
	363311	366260	368475	370674	382088	383894
	389365	394634	394803	396831		

23. Tag. V. Klasse. - Nachmittagsziehung vom 4. September.

2 Gewinne zu je 5 000 Mk.	348526					
4 Gewinne zu je 3 000 Mk.	156392	308533				
12 Gewinne zu je 2 000 Mk.	160578	188560	245329	351259	364168	369206
28 Gewinne zu je 1 000 Mk.	51940	57155	70087	72209	78531	193613
	271455	298508	303038	334182	343444	360116
	379643	279803				
76 Gewinne zu je 500 Mk.	1102	13828	23069	26488	41439	48775
	53652	57317	58735	65074	68263	68851
	115064	147598	151048	156118	170979	190110
	201457	210197	211757	216771	218955	238061
	238476	264138	265256	278687	286375	287039
	301116	328571	336674	338102	369568	370829
	371302	387929				

158 Gewinne zu je 300 Mark

3552	23471	40071	41511	45407
51925	53643	54783	57520	58349
67363	68130	74743	78532	78677
80405	80919	81804	85612	89900
92391	92673	93909	98113	104400
119984	123892	124954	125579	126539
140962	152939	158998	166745	168950
175154	178661	193336	193920	204058
215618	217587	243276	247647	248016
250739	253389	255823	260159	261813
263605	266619	267677	272652	276199
276410	278066	278614	278847	285860
290296	292468	293516	295081	324233
327375	328171	328460	330637	331712
356549	359772	376365	379321	381131
383856	394643	395470	399050	

Im Gewinnrade verblieben:

2 Prämien zu je 500 000 Mark	6 Gewinne zu je 25 000 Mark
18 Gewinne zu je 10 000 Mark	32 Gewinne zu je 5 000 Mark
82 Gewinne zu je 5 000 Mark	166 Gewinne zu je 2 000 Mark
388 Gewinne zu je 1 000 Mark	946 Gewinne zu je 500 Mark
2414 Gewinne zu je 300 Mark.	

SPD.